

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

32. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 6. November 1979	Nummer 90
---------------------	--	------------------

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied.- Nr.	Datum	Titel	Seite
20051	17. 9. 1979	RdErl. d. Innenministers Innere Organisation der Regierungspräsidenten; Organisationsplan und Mustergeschäftsverteilungsplan	1966

II.

Veröffentlichungen, die **nicht** in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Hinweise	Seite
	Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 17 vom 1. 9. 1979	2015
	Nr. 18 vom 15. 9. 1979	2015
	Nr. 19 vom 1. 10. 1979	2016

I.**20051****Innere Organisation der Regierungspräsidenten;
Organisationsplan und Mustergeschäftsverteilungsplan**

RdErl. d. Innenministers v. 17. 9. 1979 – II C 3/15 – 33

1. Die letzte generelle Änderung des Mustergeschäftsverteilungsplans für die Regierungspräsidenten ist durch RdErl. v. 23. 6. 1976 (SMBI. NW. 20051) vorgenommen worden. Nunmehr hat es sich als notwendig erwiesen, den gesamten Mustergeschäftsverteilungsplan zu überarbeiten und dem neuesten Stand anzupassen.

2. Die vorliegende Neufassung ist mit allen fachlich zuständigen Ministerien abgestimmt worden. Sie tritt am 1. 10. 1979 in Kraft.

In dem Geschäftsverteilungsplan sind die einzelnen Sachgebiete so genau aufzugliedern, daß der Tätigkeitsbereich jeder Dienstkraft (Dezernenten, Sachbearbeiter, weitere Mitarbeiter) zweifelsfrei ersichtlich ist. Dabei dürfen entsprechend der bisherigen Regelung auch künftig die in dem Mustergeschäftsverteilungsplan aufgeführten Sachgebiete in ihrer Bezeichnung (Wortlaut oder Reihenfolge) weder geändert noch ergänzt werden.

3. Sollten sich im Laufe der Zeit Änderungen als zweckmäßig erweisen, so bitte ich um entsprechende Vorschläge. Da der Mustergeschäftsverteilungsplan nach wie vor nur von mir geändert und ergänzt wird, können Änderungen in die Geschäftsverteilungspläne erst aufgenommen werden, wenn sie im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen veröffentlicht worden sind.
4. Mein RdErl. v. 23. 6. 1976 (SMBI. NW. 20051) wird mit Wirkung vom 1. 10. 1979 aufgehoben.

Organisationsplan

Regierungspräsident

Regierungsvizepräsident

Abteilung 1	Abteilung 2	Abteilung 3	Abteilung 4	Abteilung 5	Abteilung 6
11 Organisations- und Personalangelegenheiten	21 Ordnungsrechtliche Angelegenheiten, Staatshoheitsangelegenheiten	31 Kommunal- und Sparkassenaufsicht	41 Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen - Primar- u. Sekundarstufe I - (innere Schulangelegenheiten)	51 Landschaft, Fischerei	61 Geschäftsstelle des Bezirksplanungsrates, Erarbeitungsverfahren
12 Beauftragter für den Haushalt und wirtschaftliche Angelegenheiten	22 Zivile Verteidigung, Katastrophenschutz, Feuerschutz	32 Gemeindeprüfungsamt	42 Berufsbildende Schulen, Kollegschulen - Sekundarstufe II -, nur Detmold: Gymnasien im ehemaligen Land Lippe (innere Schulangelegenheiten)	52 Gewerbliche Wirtschaft	62 Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur
13 Regierungshauptkasse	23 Gewerbeaufsicht	33 Landesvermessung und Liegenschaftskataster		53 Verkehr	63 Siedlungsstruktur
14 Vorprüfungsstelle (Rechnungsamt), Kassenangelegenheiten	24 Gesundheit	34 Staatshochbau	44.I Personal- und Stellenplanangelegenheiten der Lehrer	54 Wasser, Abfallwirtschaft	64 Naturraum
15 Justizariat, Verteilungslasten	25 Polizei	35 Bauaufsicht, Städtebau	44.II Schulverwaltung (äußere Schulangelegenheiten); Kirchensachen	55 Vertriebenangelegenheiten, Wohlfahrtspflege, Unterhaltssicherung, Kriegsgefangenenentschädigung	65 Verkehrs- und Leitungswege
	26 Veterinärangelegenheiten	36 Bauförderung, Wohnungsangelegenheiten	45 Allgemeine Kunst- und Kulturpflege, Weiterbildung, Schul- und Vereinssport	56 Nur Köln: Wiedergutmachung	66 Nur Köln: Braunkohle
	27 Enteignung, Liegenschaften			57 Nur Münster: Lastenausgleich	

Mustergeschäftsverteilungsplan für die Regierungspräsidenten

Inhaltsverzeichnis

Kennzeichen	Bezeichnung des Dezernates
Abteilung 1	
11	Organisations- und Personalangelegenheiten
12	Beauftragter für den Haushalt und wirtschaftliche Angelegenheiten
13	Regierungshauptkasse
14	Vorprüfungsstelle (Rechnungsamt), Kassenangelegenheiten
15	Justitiariat, Verteidigungslasten
Abteilung 2	
21	Ordnungsrechtliche Angelegenheiten, Staatshoheitsangelegenheiten
22	Zivile Verteidigung, Katastrophenschutz, Feuerschutz
23	Gewerbeaufsicht
24	Gesundheit
25	Polizei
26	Veterinärangelegenheiten
27	Enteignung, Liegenschaften
Abteilung 3	
31	Kommunal- und Sparkassenaufsicht
32	Gemeindeprüfungsamt
33	Landesvermessung und Liegenschaftskataster
34	Staatshochbau
35	Bauaufsicht, Städtebau
36	Bauförderung, Wohnungsangelegenheiten
Abteilung 4	
41	Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen – Primar- und Sekundarstufe I – (innere Schulangelegenheiten)
42	Berufsbildende Schulen, Kollegschaften – Sekundarstufe II –, Gesamtschulen sowie nur Detmold: Gymnasien im ehemaligen Land Lippe (innere Schulangelegenheiten)
44.I	Personal- und Stellenplanangelegenheiten der Lehrer
44.II	Schulverwaltung (äußere Schulangelegenheiten); Kirchensachen
45	Allgemeine Kunst- und Kulturpflege, Weiterbildung, Schul- und Vereinssport

Kennzeichen	Bezeichnung des Dezernates
Abteilung 5	
51	Landschaft, Fischerei
52	Gewerbliche Wirtschaft
53	Verkehr
54	Wasser, Abfallwirtschaft
55	Vertriebenenangelegenheiten, Wohlfahrtspflege, Unterhaltssicherung, Kriegsgefangenenentschädigung
Nur Köln:	
56	Wiedergutmachung
Nur Münster:	
57	Lastenausgleich
Abteilung 6	
61	Geschäftsstelle des Bezirksplanungsrates, Erarbeitungsverfahren
62	Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur
63	Siedlungsstruktur
64	Naturraum
65	Verkehrs- und Leitungswege
Nur Köln:	
66	Braunkohle

Dezernat 11 – Organisations- und Personalangelegenheiten**1 Organisation****1.1 Geschäftsverteilung****1.2 Geschäftsablauf, Geschäftsordnungen****1.3 Organisations- und Arbeitsplatzüberprüfungen****2 Stellenpläne****3 Personalangelegenheiten****3.1 Beamte****3.2 Angestellte, Arbeiter****4 Angelegenheiten der Personalvertretungen und der Berufsorganisationen****5 Aus- und Fortbildung****6 Untersuchungsverfahren in Disziplinarsachen****7 Öffentlichkeitsarbeit****8 Nur Düsseldorf:**

Aufgaben nach dem Berufsbildungsgesetz für den Ausbildungsberuf Verwaltungsangestellter, soweit nicht Dezernat 31 zuständig

9 Nur Köln:

Vormerkstelle des Landes NW nach dem Soldatenversorgungsgesetz

Anmerkungen zu 11:**Zu Nr. 1 bis 7:**

Für die Regierungspräsidenten, die nachgeordneten Landesbehörden und Einrichtungen des Landes in Zusammenarbeit mit den fachlich zuständigen Dezernaten, soweit im Geschäftsverteilungsplan keine Sonderregelung (Dezernat 25 für Schutz- und Kriminalpolizei und Dezernat 44.I für Lehrpersonal) getroffen ist.

Liegt bei anderen Dezernaten eine Sonderregelung vor, so ist bei Fragen von allgemeiner oder grundsätzlicher Bedeutung das Dezernat 11 zu beteiligen.

Noch zu Nr. 1-7:

Hierzu gehört auch die federführende Aufsicht des Dezernats 11 in Detmold über das Staatsbad Oeynhausens sowie die Dienstaufsicht des Regierungspräsidenten in Köln über das Sozialpädagogische Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Zu Nr. 3:

Hierzu gehören:

Ein- und Anstellung, Ernennung, Eingruppierung, Einreihung in die Lohngruppen, Festsetzung des BDA, Dienstaufwandsentschädigung, Festsetzung der Vergütung der Angestellten und des Lohnes der Arbeiter, Abordnung und Versetzung, Entlassung, Versetzung in den Ruhestand, Beendigung des Arbeitsverhältnisses, Disziplinar- und Gnadenangelegenheiten, Ehrungen, Glückwünsche, Beileidsschreiben, Urlaub, Krankheit, Dienstunfälle, sonstige beamten- und tarifrechtliche Angelegenheiten z. B. Nebentätigkeit, Aussagegenehmigung, Schadenshaftung, Durchführung des G 131 (Abwicklung) und des Schwerbehindertengesetzes, Angelegenheiten nach dem BWGöD, Unabkömmlichstellung der für die zivile Verteidigung eingesetzten Dienstkräfte vom Wehrdienst und Zivildienst, Federführung bei den personellen Angelegenheiten der Mitglieder des Behördenselbstschutzes.

Zu Nr. 6:

Die hierfür eingesetzte Dienstkraft soll grundsätzlich diese Aufgabe auch im Dezernat 31 wahrnehmen

Dezernat 12 – Beauftragter für den Haushalt und wirtschaftliche Angelegenheiten**1 Beauftragter für den Haushalt**

- 1.1 Aufstellung und Prüfung der Beiträge zum Voranschlag und der Unterlagen für die Finanzplanung
- 1.2 Verteilung der Haushaltsmittel
- 1.3 Überwachung der Bewirtschaftung der Haushaltsmittel
- 1.4 Anforderung und Verteilung von Betriebsmitteln des Landes und des Bundes
- 1.5 Mitwirkung bei allen Maßnahmen von finanzieller Bedeutung
- 1.6 Zusammenstellung der Beiträge zur Haushaltsrechnung
- 1.7 Mitwirkung bei der Erledigung und Beantwortung von Vorprüfungsmitteilungen des Rechnungsamtes sowie Prüfungsmitteilungen des Landes- und des Bundesrechnungshofs
- 1.8 Mitwirkung bei der Aufstellung der Nachweisung über Forderungen des Landes – insbesondere aus Darlehen-, der Vermögensübersichten des Landes über bewegliche Sachen sowie des Landesgrundbesitzverzeichnisses

2 Hausverwaltung, innerer Dienst

- 2.1 Beschaffungsangelegenheiten, Materialverwaltung
- 2.2 Dienstgrundstücke und Diensträume, Dienstwohnungen, Landesmietwohnungen
- 2.3 Post- und Fernmeldeangelegenheiten
- 2.4 Regierungsamtsblatt
- 2.5 Hilfsdienste
- 2.6 Kantinenangelegenheiten

3 Wirtschaftliche Angelegenheiten der Dienstkräfte

- 3.1 Beihilfen, Vorschüsse, Unterstützungen
 - 3.2 Dienstreisen, Reisekosten, Dienstkraftwagen, beamteneigene und anerkannt privateigene Kraftfahrzeuge, Trennungsschädigung, Umzugskosten, Verpflegungszuschuß
 - 3.3 Verfügungsmittel
-

Anmerkungen zu 12:**Zu Nr. 1.1, 1.2, 1.4 und 1.6:**

Für die Regierungspräsidenten, die nachgeordneten Landesbehörden und Einrichtungen des Landes in Zusammenarbeit mit den fachlich zuständigen Dezernaten, soweit im Geschäftsverteilungsplan keine Sonderregelung getroffen ist.

Soweit die Fachdezernate (z. B. 25.44.II) durch Sonderregelung zuständig sind, wirkt der Beauftragte für den Haushalt bei der Aufstellung der Beiträge zum Voranschlag, der Bewirtschaftung der Haushaltsmittel, der Anforderung von Betriebsmitteln und der Zusammenstellung der Beiträge zur Haushaltsrechnung durch Mitzeichnung mit.

Zu Nr. 1.3:

Hierzu gehören die Kontrolle der Haushaltsüberwachungslisten, der Nachweisungen über die verteilten Ausgabemittel, der Planstellenüberwachungs- und Planstellenbesetzungslisten, Abwicklung der Vorschüsse und Verwahrungen, Bewilligung von Handvorschüssen sowie die Erfassung der strukturwirksamen Zweckzuwendungen an Stellen außerhalb der Landesverwaltung.

Zu Nr. 1.7:

Der Beauftragte für den Haushalt hat hierbei vor allem die Stellungnahmen mehrerer sachlich beteiligter Dezernate zu Prüfungsmitteilungen des Landes- oder des Bundesrechnungshofs zusammenzufassen.

Zu Nr. 2.1 bis 2.3 und 3:

Für die Regierungspräsidenten, die nachgeordneten Landesbehörden und Einrichtungen des Landes, soweit im Geschäftsverteilungsplan keine Sonderregelung getroffen ist. Hierzu gehört auch die sächliche Ausstattung für den Behördenselbstschutz.

Zu Nr. 2.5:

Hierzu gehören: Kanzlei und Vervielfältigung, Bücherei, Postein- und -ausgang, Altablage (einschließlich Mikrofilmstelle), Botendienst, Fernsprechdienst, Kraftfahrer, Hausarbeiter, Pförtner und Reinigungsdienst.

Dezernat 13 – Regierungshauptkasse

- 1 Kassenaufgaben als Landeskasse
 - 1.1 Zahlungsverkehr und Geldverwaltung
 - 1.2 Vollstreckung
 - 1.3 Buchführung
 - 1.4 Abrechnung mit der Landeshauptkasse
 - 1.5 Rechnungslegung
 - 1.6 Wertgegenstände
 - 2 Aufgaben als Landeskasse, die den Kassen der Kreise und kreisfreien Städte übergeordnet ist
 - 2.1 Geldversorgung
 - 2.2 Übernahme der Abrechnungsergebnisse
-

Anmerkung zu 13:

Zu 1.6 Vollstreckungsbehörde nach § 2 Verwaltungsvollstreckungsgesetz.

Dezernat 14 – Vorprüfungsstelle (Rechnungsamt), Kassenangelegenheiten

1 Vorprüfung

1.1 Allgemeine Angelegenheiten

1.2 Vorprüfung nach § 100 LHO und der Vorprüfungsordnung für das Land bzw. nach § 56 Abs. 3 Haushaltsgrundsätzegesetz für den Bund

Nur Detmold:

Vorprüfung für den Landesverband Lippe

Nur Düsseldorf:

Vorprüfung für die Akademie für öffentliches Gesundheitswesen

1.3 Wahrnehmung der vom Landesrechnungshof nach § 100 LHO übertragenen Prüfungsaufgaben

2 Kassenangelegenheiten

2.1 Grundsätzliche Angelegenheiten

2.2 Kassenaufsicht einschließlich Kassenprüfungen

2.3 Mitwirkung bei der Errichtung, Verlegung und Auflösung von Zahlstellen

Dezernat 15 – Justitiariat, Verteidigungslasten

- 1 Allgemeine Rechtsangelegenheiten
 - 1.1 Mitwirkung bei Abschluß von Verträgen und bei der Übernahme von Verbindlichkeiten für den Fiskus
 - 1.2 Rechtsstreitigkeiten vor den Zivilgerichten mit Ausnahme der Verfahren in Wiedergutmachungsangelegenheiten
 - 1.3 Mitwirkung bei der außergerichtlichen Regelung von Schadensersatzansprüchen
 - 1.4 Mitwirkung bei der Untersuchung und Anerkennung von Dienstunfällen
 - 1.5 Gerichts- und ähnliche Kosten
 - 1.6 Rechtsberatung der Dezernate in sonstigen zivil- und strafrechtlichen Angelegenheiten
 - 2 Besondere Rechtsangelegenheiten
 - 2.1 Stiftungen des privaten Rechts
 - 2.2 Vereine mit Rechtsfähigkeit kraft staatlicher Verleihung (Verleihung und Aufsicht)
 - 2.3 Entziehung der Rechtsfähigkeit eines Vereins
 - 2.4 Vermögensrechtliche Angelegenheiten aufgelöster Vereinigungen
 - 2.5 Nachlaßsachen des Fiskus
 - 3 Verteidigungslasten
 - 3.1 Haushaltsangelegenheiten
 - 3.2 Entschädigungen
 - 3.21 aus Vereinbarungen über Manöver- und Übungsschäden
 - 3.22 für Personen- und Sachschäden aus Verkehrsunfällen und sonstigen Unrechtshandlungen
 - 3.3 Mitwirkung der Verteidigungslastenverwaltung in Verfahren der Anforderungsbehörden, soweit es sich um die Angelegenheiten der Stationierungsstreitkräfte handelt
 - 3.4 Angelegenheiten der Arbeitnehmer bei den Stationierungsstreitkräften
 - 4 Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Betriebsverfassungsgesetz
 - 5 Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Architektengesetz
-

Anmerkungen zu 15:**Zu Nr. 1.4:**

Dienstunfälle werden in den Dezernaten bearbeitet, die für die Personalangelegenheiten der betroffenen Dienstkräfte zuständig sind.

Zu Nr. 1.6:

Die Beratung bezieht sich auch auf die Behandlung grundbuchrechtlicher Angelegenheiten.

Zu Nr. 2.2:

Die Angelegenheiten der privaten Versicherungsvereine werden im Dezernat 52 bearbeitet.

Zu Nr. 3:

Finanzielle Angelegenheiten der Stationierungsstreitkräfte.

Zu Nr. 3.21:

Bei gemeinsamen Manövern auch Bundeswehr.

Zu Nr. 3.22:

Hierzu gehören auch die Belegungsschäden.

Dezernat 21 – Ordnungsrechtliche Angelegenheiten, Staatshoheitsangelegenheiten

- 1 Angelegenheiten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Gefahrenabwehr), soweit nicht nach dem Geschäftsverteilungsplan ein anderes Dezernat zuständig ist. Hierzu gehören insbesondere
 - 1.1 Ordnungsbehördliche Verordnungen
 - 1.2 Ausländerangelegenheiten
 - 1.3 Paß- und Personalausweisangelegenheiten
 - 1.4 Meldewesen
 - 1.5 Obdachlosenangelegenheiten
 - 1.6 Sammlungen, Lotterien und Ausspielungen
 - 1.7 Glücks- und Geschicklichkeitsspiele, Buchmacher- und Totalisatorangelegenheiten
 - 1.8 Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit
 - 1.9 Schutz der Sonn- und Feiertage
 - 1.10 Lärmbekämpfung
 - 1.11 Friedhofsangelegenheiten
 - 2 Wahrnehmung der Geschäfte des Vertreters des öffentlichen Interesses bei den Verwaltungsgerichten
 - 3 Staatshoheitsangelegenheiten
 - 3.1 Staatsangehörigkeitsangelegenheiten
 - 3.2 Personenstands- und Standesamtsangelegenheiten, Namensänderungs- und Namensfeststellungsverfahren
 - 3.3 Auszeichnungen, Ehrungen
 - 3.4 Auswanderungsangelegenheiten
 - 3.5 Statistik
 - 3.6 Verkehr mit ausländischen amtlichen Vertretungen, Nachlaßangelegenheiten von im Ausland verstorbenen Personen
 - 3.7 Kriegsgräberfürsorge
 - 3.8 Sonstige Staatshoheitsangelegenheiten, soweit nicht nach dem Geschäftsverteilungsplan ein anderes Dezernat zuständig ist
 - 4 Wehrpflicht, Zivildienst
 - 4.1 Erfassungsangelegenheiten
 - 4.2 Unabkömmlichstellung vom Wehrdienst und Zivildienst
 - 5 Manöver und andere Übungen
 - 5.1 Anmeldeverfahren
 - 5.2 Übungsgebiete mit zusammengefaßter Anmeldung
 - 6 Angelegenheiten der Streitkräfte
 - 7 Allgemeine Angelegenheiten aus dem allgemeinen Verwaltungsrecht, dem Verwaltungsverfahrensrecht und dem Verwaltungsgebührenrecht

Nur Arnsberg und Köln:
 - 8 Aufsichtsbehörde gem. §§ 30, 40 Bundesdatenschutzgesetz
-

Anmerkungen zu 21:**Zu Nr. 1.1:**

Hierzu gehören auch die Mitwirkung bei Verordnungen der Landesordnungsbehörde und die Prüfung von ordnungsbehördlichen Verordnungen.

Zu Nr. 1.10:

Vgl. hierzu Dezernat 23 und Dezernat 52.

Zu Nr. 2:

Verwaltungsstreitverfahren, die von den Regierungspräsidenten zu führen sind, werden grundsätzlich von den jeweils sachlich zuständigen Dezernaten bearbeitet. Diese Regelung umfaßt auch die Vertretung der Behörde vor den Verwaltungsgerichten.

Zu Nr. 4.2:

Hierzu gehören die allgemeinen und grundsätzlichen Angelegenheiten sowie Einzelfälle, soweit die Bearbeitung bei bestimmten Wehrpflichtigen und Zivildienstpflichtigen nicht anderen Dezernaten (11, 22, 23, 24, 31, 44.I, 52, 53, 54) zugewiesen ist.

Zu Nr. 5:

Hierzu gehören die Koordinierung der zivilen Interessen sowie die Angelegenheiten der Anforderungsbehörden auf dem Gebiet des Manöverwesens.

Zu Nr. 6:

Hierzu gehören die Koordinierung der zivilen Interessen sowie die nicht in die fachliche Zuständigkeit anderer Dezernate fallenden Angelegenheiten, insbesondere die Sicherungsmaßnahmen bei Schieß- und Munitionsanlagen der Streitkräfte sowie die Mitwirkung in gemischten Kommissionen.

Dezernat 22 – Zivile Verteidigung, Katastrophenschutz, Feuerschutz

- 1 Planung und Aufbau der zivilen Verteidigung
 - 1.1 Aufrechterhaltung der Verwaltung
 - 1.11 Zivile Alarmplanung
 - 1.12 ZS-Orts- und Kreisbeschreibung
 - 1.13 Behördenorganisation im Verteidigungsfall
 - 1.14 Aufsicht über den Behördenselbstschutz
 - 1.15 Aus- und Fortbildung
 - 1.2 Schutz der Zivilbevölkerung
 - 1.21 Selbstschutz der Zivilbevölkerung
 - 1.22 Baulicher Zivilschutz
 - 1.23 Warndienst
 - 1.24 Aufenthaltsregelung
 - 1.3 Sicherstellung der Versorgung
 - 1.31 Koordinierung der Fachmaßnahmen
 - 1.32 Objektschutz
 - 1.33 Materielle Bedarfsdeckung, soweit nicht andere Dezernate zuständig sind
 - 1.34 Stationierungsplanung
 - 1.4 Zivil-militärische Zusammenarbeit, soweit nicht andere Dezernate zuständig sind
 - 2 Katastrophenschutz
 - 2.1 Organisation, Einsatz und Verwendung
 - 2.2 Rechtsverhältnisse der Helfer
 - 2.3 Aus- und Fortbildung
 - 3 Wirtschaftliche Angelegenheiten
(ohne Kampfmittelbeseitigung)
 - 3.1 Haushaltsangelegenheiten
 - 3.2 Bau- und Unterkunftsangelegenheiten
 - 3.3 Ausstattung einschließlich Kraftfahrzeuge und Gerät
 - 3.4 Kraftfahrzeugunfälle, Schadensersatzansprüche und sonstige vermögensrechtliche Angelegenheiten
 - 3.5 Zuwendungen aus der Feuerschutzsteuer
 - 3.6 Sonstige Ausgaben
 - 4 Feuerschutz und Rettungswesen
 - 4.1 Vorbeugender Brandschutz
 - 4.2 Abwehrender Brandschutz
 - 4.21 Organisation, Ausbildung und Ausrüstung der Feuerwehren
 - 4.22 Feuerwehrbauten und -anlagen
 - 4.23 Inspektion der Feuerwehren
 - 4.3 Feststellung der Beihilfefähigkeit von Feuerschutzmaßnahmen
 - 4.4 Rettungswesen
 - 5 Kampfmittelbeseitigung
 - 6 Fernmeldewesen für Katastrophenabwehr, Feuerschutz und Rettungswesen
-

Anmerkungen zu 22:**Zu Nr. 1.1–1.4:**

Hierzu gehören auch Lehrgänge, Übungen, Planspiele und Planuntersuchungen.

Zu Nr. 2.1:

Hierzu gehören die Überwachung des Katastrophenschutzes – mit Ausnahme des Brandschutzes – nach Bundes- und Landesrecht in den Kreisen und kreisfreien Städten, außerdem die Katastrophenschutzplanung auf Bezirksebene (KSL-Bezirk).

Zu Nr. 2.2:

Hierzu gehören Grundsatzfragen der Freistellung von Angehörigen des Katastrophenschutzes vom Wehrdienst und Zivildienst sowie die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten (§ 8 Abs. 3 KatSG).

Zu Nr. 3.2:

Hierzu gehören auch Auswahl und Anmietung von Lagern zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung.

Zu Nr. 3.6:

Hierzu gehört insbesondere die Bearbeitung von Ersatzleistungen an Angehörige des Katastrophenschutzes, Lehrpersonal und Arbeitgeber.

Zu Nr. 6:

Unter technischer Beratung durch Dezernat 25.

Dezernat 23 – Gewerbeaufsicht

- 1 Ausbildungs-, Prüfungs- und Fortbildungsangelegenheiten der Dienstkräfte der Fachrichtung Gewerbeaufsicht
- 2 Mitwirkung bei Haushalts-, Organisations-, Stellenplan- und Personalangelegenheiten der Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter

Nur Arnsberg und Düsseldorf:
und des Staatlichen Gewerbearztes

- 3 Arbeitsstätten
- 4 Technische Arbeitsmittel
- 5 Gefährliche Arbeitsstoffe
- 6 Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit
- 7 Allgemeiner betrieblicher Unfall- und Gesundheitsschutz
- 8 Überwachungsbedürftige Anlagen

Nur Detmold, Düsseldorf und Köln:
Angelegenheiten der Technischen Überwachungsorganisationen

- 9 Sprengstoffangelegenheiten
- 10 Unfallverhütung im Rahmen der Eigenunfallversicherung des Landes NW
- 11 Strahlenschutz und Kernenergieanlagen
- 12 Arbeitszeitschutz
- 13 Arbeitsschutz für besonders schutzbedürftige Personengruppen

Nur Arnsberg, Detmold und Düsseldorf:

- 14 Arbeits- und Entgeltschutz für Heimarbeiter
 - 15 Allgemeiner Immissionsschutz
 - 16 Genehmigungsbedürftige Anlagen
 - 17 Mitwirkung bei den Aufgaben der zivilen Verteidigung und des Katastrophenschutzes
-

Anmerkungen zu 23:**Zu Nr. 2:**

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlags- als auch ein Beteiligungsrecht des Dezernats 23 gegenüber den für die Bearbeitung federführenden Dezernaten 11 und 12.

Zu Nr. 8:

Hierzu gehört auch die Unabkömmlichstellung der im öffentlichen Auftrag tätigen Wehr- und Zivildienstpflichtigen der Technischen Überwachungsvereine, soweit nicht Dezernat 53 zuständig ist.

Zu Nr. 9:

Vgl. hierzu die Zuständigkeit des Dezernats 25.

Zu Nr. 12:

Die Angelegenheiten der Sperrzeitregelung werden im Dezernat 52 und des Gesetzes über den Ladenschluß (ausgenommen § 17) im Dezernat 21 bearbeitet.

Zu Nr. 15:

Vgl. hierzu die Zuständigkeiten des Dezernats 21 nach dem Landes-Immissionsschutzgesetz, Gaststättengesetz, den §§ 64 ff GewO (Gaststätten und Märkte) sowie des Dezernats 35 für Fragen der Bauleitplanung.

Zu Nr. 16:

Hierzu gehören auch Planfeststellungen und Genehmigungen nach § 7 Abs. 3 des Abfallbeseitigungsgesetzes und § 18 Abs. 2 des Landesabfallgesetzes mit Ausnahme von Kompostwerken und Aufbereitungsanlagen für die Kompostierung und Ablagerung sowie von räumlich und betrieblich selbständigen Aufbereitungsanlagen.

Dezernat 24 – Gesundheit

1 Gesundheitsämter, Amtsärzte

2 Ärzte, Zahnärzte

Nur Düsseldorf und Münster:

Berufserlaubnisse für ausländische Ärzte

3 Heilpraktiker, nichtärztliche Heilberufe

4 Angelegenheiten der häuslichen Krankenpflege

5 Krankenhäuser, Institute, Kliniken, Heil- und Pflegeanstalten (Landeskrankenhäuser)

5.1 Gesundheitsbehördliche Aufsicht

5.2 Finanzierungshilfen zur Beschaffung von Einrichtungsgegenständen

5.3 Krankenhausbedarfsplanung (Bettenplanung)

6 Kurorte, Erholungsorte, Heilquellen

Nur Detmold:

Medizinische Angelegenheiten des Staatsbades Oeynhausen

7 Allgemeine Gesundheitshilfe

Nur Köln:

Bearbeitung von Entschädigungsansprüchen nach Unfruchtbarmachung

8 Gesundheitshilfe für Schüler und Jugendliche, Jugendzahnpflege

9 Gesundheitshilfe für Schwangere, Mütter, Säuglinge und Kleinkinder

10 Zivilschutz im Gesundheitswesen einschließlich ZS-Sanitätslager, medizinische Angelegenheiten des Katastrophenschutzes

11 Mitwirkung im Rettungswesen; fachtechnische Überprüfung von Rechnungen und Rezepten (nur Düsseldorf: auch für Arzneimittelrechnungen aller Justizvollzugsanstalten des Landes NW); gutachtliche Stellungnahmen; Mitwirkung bei Angelegenheiten des Strahlenschutzes und der Kernenergie

12 Hygiene, insbesondere Umwelthygiene, Trinkwasserqualität, Abwasser- und Abfallstoffe, Badeangelegenheiten, Leichen- und Bestattungsangelegenheiten

13 Seuchenbekämpfung einschließlich Tuberkulosehilfe

14 Impfangangelegenheiten

15 Desinfektionsangelegenheiten

16 Blutspendedienst

17 Apotheken, Drogerien

17.1 Arzneimittel, Impfstoffe, Sera und Gifte

17.2 Notdepots für Sera und Impfstoffe

17.3 Drogenschränke

Nur Düsseldorf und Münster:

17.4 Durchführung des 3. Prüfungsabschnitts für Apotheker

18 Lebensmittel, Tabakerzeugnisse, kosmetische Mittel und sonstige Bedarfsgegenstände, Lebensmittelüberwachung, Chemische und Lebensmitteluntersuchungsämter

Nur Düsseldorf und Münster:

19 Mitwirkung bei Haushalts-, Organisations-, Stellenplan- und Personalangelegenheiten der Hygienisch-bakteriologischen Landesuntersuchungsämter, der Landesimpfanstalt und des Chemischen Landesuntersuchungsamtes

Anmerkungen zu 24:

Zu Nr. 5:

Für die Planung (Neu-, Um- und Erweiterungsbau) von Krankenhäusern, Instituten, Kliniken, Heil- und Pflegeanstalten ist dieses Dezernat federführend. Für die finanzielle Förderung dieser Bauten ist Dezernat 36 zuständig, das hierbei das Dezernat 24 zu beteiligen hat.

Zu Nr. 7:

Hierzu gehört auch die Hilfe für psychisch Kranke. Die Angelegenheiten der Unterbringung von psychisch Kranken sind federführend in diesem Dezernat zu bearbeiten.

Nur Köln:

Entschädigungsansprüche nach dem Bundesentschädigungsgesetz werden im Dezernat 56 bearbeitet.

Zu Nr. 10:

Hierzu gehören die Planung und Vorbereitung von Maßnahmen zur Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung im Verteidigungsfall.

Zu Nr. 15:

Hierzu gehören auch Angelegenheiten der Schädlingsbekämpfer, die hochgiftige Stoffe verwenden.

Zu Nr. 18:

Soweit nicht Dezernat 26 zuständig ist.

Zu Nr. 19:

Hierzu gehört auch die Unabkömmlichstellung von Wehrpflichtigen und Zivildienstpflichtigen in den im öffentlichen Auftrag tätigen Hygieneinstituten.

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlags- als auch ein Beteiligungsrecht des Dezernats 24 gegenüber den für die Bearbeitung federführenden Dezernaten 11 und 12.

Dezernat 25 – Polizei

- 1 **Verwaltungsangelegenheiten**
 - 1.1 Organisation und Geschäftsbetrieb der Polizeibehörden
 - 1.2 Polizeibeiräte
 - 1.3 Hilfspolizeibeamte
 - 1.4 Polizeirechtliche Angelegenheiten
 - 1.41 Versammlungsangelegenheiten, Aufgaben der Polizei auf dem Gebiet des Vereinswesens
 - 1.42 Aufgaben der Polizei auf dem Gebiet des Waffen-, Munitions- und Sprengstoffwesens, Schießstätten
 - 1.43 Verkehrsordnungswidrigkeiten (einschl. Aufsicht über die Bußgeldstellen) und andere Ordnungswidrigkeiten, für deren Ahndung die Kreispolizeibehörden zuständig sind
 - 1.44 Sonstige polizeirechtliche Angelegenheiten
 - 1.5 Personalangelegenheiten der Verkehrsüberwachungsbereitschaft, der Technischen und Versorgungsdienste und der Kreispolizeibehörden
 - 1.51 Polizeivollzugsbeamte
 - 1.52 Mitwirkung bei Personalangelegenheiten der Verwaltungsbeamten, Angestellten und Arbeiter
 - 1.6 Wirtschaftliche Angelegenheiten der Verkehrsüberwachungsbereitschaft, der Technischen und Versorgungsdienste, der Kreispolizeibehörden und der Polizeieinrichtungen
 - 1.61 Haushaltsangelegenheiten
 - 1.62 Persönliche und sächliche Ausgaben für Polizeivollzugsbeamte
 - 1.63 Unterkunftsangelegenheiten, Raumprogramme
 - 1.63 Schadensersatzansprüche und sonstige vermögensrechtliche Angelegenheiten
 - 1.65 Sonstige wirtschaftliche Angelegenheiten
 - 1.7 Polizeiärztlicher Dienst, Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit, Polizeiveterinärdienst
 - 2 **Schutzpolizei**
 - 2.1 Organisation, Einsatz und Verwendung, Zivilschutz im Bereich der Polizei
 - 2.2 Aus- und Fortbildung, Nachwuchswerbung, Ausrüstung und Bewaffnung
 - 2.3 Verkehrsangelegenheiten
 - 2.4 Kraftfahrangelegenheiten
 - 2.5 Fernmeldeangelegenheiten
 - 3 **Kriminalpolizei**
 - 3.1 Organisation, Einsatz und Verwendung
 - 3.2 Aus- und Fortbildung, Nachwuchswerbung
 - 3.3 Polizeilicher Staatsschutz
-

Dezernat 26 – Veterinärangelegenheiten

- 1 Amtstierärzte
- 2 Tierärzte
- 3 Tierseuchenbekämpfung
- 4 Schlachttier- und Fleischbeschau
- 5 Geflügelfleisch-Hygiene
- 6 Überwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln tierischer Herkunft
- 7 Tierkörperbeseitigung
- 8 Veterinärangelegenheiten im Rahmen des Katastrophenschutzes und der zivilen Verteidigung
- 9 Tierärztliche Angelegenheiten bei der Tierzucht
- 10 Tierschutz
- 11 Verkehr mit Tierarzneimitteln und Impfstoffen

Nur Arnsberg, Detmold, Düsseldorf und Münster:

- 12 Mitwirkung bei Haushalts-, Organisations-, Stellenplan- und Personalangelegenheiten der staatlichen Veterinär-Untersuchungsämter

Nur Münster:

- 13 Mitwirkung bei der Ausbildung und Prüfung der Hufbeschlagschmiede
-

Anmerkungen zu 26:

Zu Nr. 3:

Hierzu gehören auch Schlachthöfe, Nutz- und Schlachtviehmärkte und sonstige Absatzveranstaltungen, Tierschauen und Ausstellungen.

Zu Nr. 7:

Hierzu gehören auch Beseitigung von Konfiskaten und Schlachtabfällen.

Zu Nr. 12:

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlags- als auch ein Beteiligungsrecht des Dezernats 26 gegenüber den für die Bearbeitung federführenden Dezernaten 11 und 12.

Dezernat 27 – Enteignung, Liegenschaften

- 1 Enteignung
 - 1.1 Enteignungsverfahren nach dem Gesetz über die Enteignung von Grundeigentum von 1874 in Verbindung mit dem Gesetz über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren
 - 1.2 Enteignungsverfahren nach dem Bundesbaugesetz und dem Städtebauförderungsgesetz
 - 1.3 Enteignungsverfahren nach sonstigen Vorschriften
 - 1.4 Entschädigungen nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm und nach § 17 Abs. 4 Satz 2 Bundesfernstraßengesetz
 - 2 Liegenschaften
 - 2.1 Erwerb, Veräußerung, Tausch und Belastung von Grundstücken nach Maßgabe der Grundstücksverkehrsanordnungen – GVKA –, Aneignung herrenloser Grundstücke
 - 2.2 Verwaltung der landeseigenen Grundstücke und Gebäude mit Zubehör, soweit nicht nach dem Geschäftsverteilungsplan ein anderes Dezernat zuständig ist
 - 2.3 Ermittlung der örtlichen Mietwerte für Mietwohnungen, Geschäftsräume und Diensträume sowie gewerblich genutzte unbebaute Grundstücke des Landes, die von den Behörden oder Einrichtungen des Landes verwaltet werden
 - 2.4 Verwaltung des ehemaligen NS-Vermögens (beweglich und unbeweglich, Hypotheken und Darlehen)
 - 2.5 Domänen, landwirtschaftlich genutzte Sondervermögen

Nur Detmold:

 - 2.6 Vermögens- und Schuldenverwaltung des ehemaligen Landes Lippe

Nur Düsseldorf:

 - 2.7 Verwaltung von Wertpapieren des Landes NW
 - 3 Erwerb, Veräußerung und Verwaltung von Grundstücken

Nur Detmold:

 - 3.1 Haus Büren'scher Fonds und Paderborner Studienfonds

Nur Düsseldorf:

 - 3.2 Bergischer Schulfonds und Gymnasialfonds Münstereifel

Nur Münster:

 - 3.3 Münster'scher Studienfonds und Beckum-Ahlen'scher Klosterfonds

Nur Düsseldorf und Köln:
 - 4 Westwallentfestigung
-

Anmerkungen zu 27:**Zu Nr. 1.3:**

Hierzu gehören auch Beschwerdeverfahren nach dem Schutzbereichsgesetz und Verfahren nach § 9 des Wertausgleichsgesetzes (SGV. NW. 54).

Zu Nr. 2.2:

Sonderregelungen für Dezernate 12, 25 und 44.II.

Zu Nr. 3:

Die Organisations-, Stellenplan- und Personalangelegenheiten werden federführend im Dezernat 11 in Zusammenarbeit mit dem Dezernat 27 bearbeitet (s. Dez. 11, Anmerk. zu Nr. 1 bis 7). In Haushaltsangelegenheiten wirkt der Beauftragte für den Haushalt durch Mitzeichnung mit (s. Dez. 12, Anmerk. zu Nr. 1.1, 1.2, 1.4 und 1.6).

Dezernat 31 – Kommunal- und Sparkassenaufsicht

- 1 Allgemeine Kommunalaufsicht
 - 1.1 Grundsatzangelegenheiten des Kommunalverfassungsrechts
 - 1.2 Prüfung, Genehmigung von Satzungen
 - 1.3 Gebietsänderungen, Entscheidungen in Grenzstreitigkeiten
 - 1.4 Flaggen-, Wappen- und Siegelführung
 - 1.5 Wahlen
 - 1.6 Angelegenheiten der kommunalen Gemeinschaftsarbeit
 - 1.7 Sonstige kommunalaufsichtliche Angelegenheiten
 - 2 Finanzangelegenheiten und wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden (GV)
 - 2.1 Finanzaufsicht
 - 2.11 Allgemeine Haushalts- und Kassenangelegenheiten, Genehmigung von Haushaltssatzungen
 - 2.12 Kredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und andere Sicherheitsgestellungen
 - 2.13 Veräußerungs- und Verpflichtungsgeschäfte
 - 2.14 Örtliche Stiftungen nach der Gemeindeordnung
 - 2.15 Anlaufstelle für VOB-Beschwerden
 - 2.16 Besondere gesetzliche Beteiligungen
 - 2.2 Steuern, Gebühren, Beiträge und sonstige Kommunalabgaben
 - 2.3 Finanzausgleich
 - 2.31 Schlüsselzuweisungen an Gemeinden und Kreise
 - 2.32 Angelegenheiten der Fehlbetragsgemeinden
 - 2.33 Sonstige Zuweisungen nach § 11 FAG
 - Nur Köln:**
sowie Finanzhilfen des Bundes und des Landes für den Raum Bonn
 - 2.34 Zuweisungen zu den Auftragsaufgaben und Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung
 - 2.35 Zweckgebundene Finanzaufweisungen für den Straßenbau im Rahmen des Kraftfahrzeugsteuerverbunds
 - 2.36 Zuweisungen für kommunale Verwaltungsbauten
 - 2.37 Krankenhausumlage
 - 2.38 Beteiligung bei sonstigen zweckgebundenen Zuweisungen an Gemeinden (GV)
 - 2.4 Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer, Gewerbesteuerumlage
 - 2.5 Wirtschaftliche Unternehmen, Beteiligungen und öffentliche Einrichtungen, die wie Eigenbetriebe geführt werden
 - 2.6 Aufsicht über die Zusatzversorgungskassen
 - 2.7 Auswertung der Berichte der Gemeindeprüfungsämter und Ausräumung von Prüfungsbemerkungen
- 3 Kommunales Dienstrecht
 - 3.1 Beamten- und besoldungsrechtliche Angelegenheiten; Stellenpläne; Disziplinarsachen
 - 3.2 Angelegenheiten der Angestellten und Arbeiter
- 4 Sparkassenaufsicht
- 5 Koordinierung strukturwirksamer Förderungsmaßnahmen
- Nur Düsseldorf, Köln und Münster:**
- 6 Förderung von grenzüberschreitenden Maßnahmen und Einrichtungen

Dezernat 32 – Gemeindeprüfungsamt**1 Allgemeine Prüfungsangelegenheiten**

- 1.1 Aufsicht über die Gemeindeprüfungsämter der Kreise
- 1.2 Jahresberichte gem. § 135 Gemeindefinanzgesetz
- 1.3 Fortbildung der Prüfer der Gemeindeprüfungsämter der Kreise
- 2 Überörtliche Prüfung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens
 - 2.1 der kreisfreien Städte, Kreise und Zweckverbände
 - 2.2 der örtlichen Zusatzversorgungskassen

Nur Düsseldorf:

- 2.3 der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen, des Kommunalverbandes Ruhrgebiet sowie der Versorgungskassen und der überörtlichen Zusatzversorgungskassen
- 3 Pflichtprüfung des Jahresabschlusses der kommunalen Wirtschaftsbetriebe sowie der kommunalen Krankenhäuser (ohne Rechtspersönlichkeit)
- 4 Sonderprüfungen

Dezernat 33 – Landesvermessung und Liegenschaftskataster

- 1 Verwaltungsangelegenheiten
 - 1.1 Ausbildungs-, Fortbildungs- und Prüfungsangelegenheiten vermessungstechnischer Fachkräfte

Nur Münster:
Geschäftsstelle des Prüfungsausschusses für die Laufbahn des gehobenen allgemeinen vermessungstechnischen Dienstes im Lande NW
 - 1.2 Aufgaben nach dem Berufsbildungsgesetz für den Ausbildungsberuf Vermessungstechniker
 - 1.3 Haushaltsangelegenheiten
 - 1.4 Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure und Sachverständige auf dem Gebiet des Vermessungswesens
 - 1.5 Gutachterausschüsse, Ermittlung von Grundstückswerten
 - 1.6 Beschaffung und Verwaltung der vermessungstechnischen Instrumente, Geräte, Vordrucke und des Zeichenbedarfs
 - 2 Landesvermessung
 - 2.1 Katastervermessung
 - 2.2 Aufnahmepunktfeld (AP-Feld)
 - 2.3 Trigonometrisches Festpunktfeld (TP-Feld), Nivellementpunktfeld (NivP-Feld)
 - 2.4 Deutsche Grundkarte 1:5000, Bodenkarte 1:5000, sonstige Karten
 - 2.5 Vermessungs- und kartentechnische Angelegenheiten der Bauleitplanung und Bodenordnung
 - 2.6 **Nur Düsseldorf, Köln und Münster:**
Vermessungstechnische Angelegenheiten an der Bundesgrenze
 - 3 Liegenschaftskataster
 - 3.1 Einrichtung und Führung
 - 3.2 Verbindung mit dem Grundbuch
 - 3.3 Bodenschätzung und Verbindung mit dem Grundbesitzkataster der Finanzverwaltung
 - 3.4 Flurbereinigung, Umlegung, sonstige Bodenordnungsmaßnahmen
 - 3.5 Katasterarchiv
-

Anmerkungen zu 33:**Zu Nr. 1.1:**

Hierzu gehört auch der Prüfungsausschuß für den Ausbildungsberuf Vermessungstechniker und der Prüfungsausschuß für Meßgehilfen.

Zu Nr. 1.4:

Hierzu gehören auch Angelegenheiten der sonstigen freiberuflich tätigen Vermessungsingenieure.

Zu Nr. 3.1:

Hierzu gehören auch die Zweckdienlichkeitsbescheinigungen, Unschädlichkeitszeugnisse, Gebührenangelegenheiten und die Statistik der Bodennutzung.

Dezernat 34 – Staatshochbau

- 1 Staatlicher Hochbau
 - 1.1 Ausbildungs-, Prüfungs- und Fortbildungsangelegenheiten der Dienstkräfte Fachrichtung Hochbau
 - 1.2 Mitwirkung bei Haushalts-, Organisations-, Stellenplan- und Personalangelegenheiten der örtlichen Staatshochbaudienststellen
 - 1.3 Baumaßnahmen
 - 1.31 Neu-, Um- und Erweiterungsbauten einschl. Grundstücks- und Gebäudebewertung
 - 1.311 Universitäten und Hochschulen des Landes
 - 1.312 Sonstige staatliche Bauten
 - 1.32 Bauunterhaltung, Kultusbaukosten
 - 1.4 Sachverständige für die Staatshochbauverwaltung
 - 1.41 Technische Gebäudeausrüstung
 - 1.42 Elektrotechnische Anlagen
 - 1.43 Bauingenieurwesen
 - 1.44 Landschafts- und Gartengestaltung
 - 1.5 Staatliche und staatlich geförderte Denkmalpflege
 - 1.6 Fachtechnische Vorprüfung der Bauausgaben
 - 1.7 Vergabe- und Vertragsangelegenheiten
 - Nur Köln:
 - 1.8 Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie Bauunterhaltung für die Kernforschungsanlage Jülich
 - Nur Köln:
 - 1.9 Ausbau der Verkehrsflughäfen
 - 2 Fachtechnische Mitwirkung bei Baumaßnahmen nichtstaatlicher Bauträger
 - 2.1 Schulen, sonstige Bildungsstätten, Sportanlagen
 - 2.2 Krankenhäuser und Kliniken
 - 2.3 Landesbediensteten- und Bergarbeiterwohnungsbau
 - 2.4 Sonstige Baumaßnahmen
-

Anmerkungen zu 34:**Zu Nr. 1.2:**

Die Mitwirkung umfaßt sowohl ein Vorschlags- als auch ein Beteiligungsrecht des Dezernats 34 gegenüber den für die Bearbeitung federführenden Dezernaten 11 und 12.

Zu Nr. 1.31:

Zu diesem Arbeitsgebiet gehören auch Gebäudeschätzungen und die für die Bewertung eines Grundstücks oder Gebäudes notwendigen Prüfungen.

Zu Nr. 2.4:

Hierzu gehören auch Lärmschutzmaßnahmen nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm sowie Maßnahmen zur Beseitigung baulicher Hindernisse für alte und behinderte Menschen.

Dezernat 35 – Bauaufsicht, Städtebau**1 Bauaufsicht**

- 1.1 Baurechtliche und bautechnische Vorschriften der Landesbauordnung und ihrer Durchführungsverordnungen
- 1.2 Bodenverkehrsgenehmigungen
- 1.3 Vorhaben
- 1.4 Befreiungen
- 1.5 Verwaltungsverfahren in Bauangelegenheiten
- 1.6 Ortssatzungen aufgrund der Landesbauordnung
- 1.7 Bauliche Anlagen besonderer Art und Nutzung
- 1.8 Planungsrechtliche und bauaufsichtliche Behandlung baulicher Anlagen des Bundes, der Länder und der Stationierungsstreitkräfte
- 1.9 Baugebühren

Nur Düsseldorf:

- 1.10 Technische Bühnenvorstände in Nordrhein-Westfalen

Nur Düsseldorf:

- 1.11 Universitätsbau

2 Städtebau

- 2.1 Bauleitplanung, Stadtentwicklungsplanung
 - 2.2 Sicherung der Infrastruktur
 - 2.3 Veränderungssperren
 - 2.4 Gemeindliches Vorkaufsrecht
 - 2.5 Satzungen für im Zusammenhang bebaute Ortsteile
 - 2.6 Satzungen für die Erhaltung baulicher Anlagen
 - 2.7 Erschließungsanlagen
 - 2.8 Wohnungsbauprogramme
 - 2.9 Ausbildungs-, Prüfungs- und Fortbildungsangelegenheiten der Dienstkräfte Fachrichtung Städtebau und Stadtbauwesen
 - 3 Städtebauförderung
 - 3.1 Vorbereitung von Förderungsprogrammen und -maßnahmen, Standortprogramme
 - 3.2 Förmliche Festlegung von Sanierungsgebieten und Entwicklungsbereichen, sonstige rechtsförmliche Entscheidungen
 - 3.3 Bestellung von Sanierungsträgern, Genehmigung von Treuhandverträgen
 - 3.4 Förderung von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen
 - 3.5 Förderung von Betriebsverlagerungen
 - 3.6 Förderung von Freizeit- und Erholungsanlagen
 - 3.7 Förderung von sonstigen Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes
 - 3.8 Förderung von Erwerb und Erschließung von Bauflächen
 - 3.9 Förderung öffentlicher Parkeinrichtungen und anderer kommunaler Gemeinschaftseinrichtungen
 - 4 Anhörungsverfahren nach dem Landbeschaffungs-, Schutzbereich- und Luftverkehrsgesetz
 - 5 Geschäftsführung des Oberen Umlegungsausschusses
-

Anmerkungen zu 35:**Zu Nr. 1.1:**

Zu diesem Arbeitsgebiet gehört u. a. die mitwirkende Wahrnehmung von bauaufsichtlichen Belangen bei Bauleitplänen, die federführend unter Nr. 2.1 bearbeitet werden. Hierzu gehören ferner die Baubeschränkungen zur Sicherung der Gewinnung von Bodenschätzen.

Zu Nr. 1.3:

Hierzu gehören auch Vorhaben im Sinne der §§ 29 ff. Bundesbaugesetz.

Zu Nr. 1.4:

Hierzu gehören auch Befreiungen von Festsetzungen in Bebauungsplänen sowie Entscheidungen über Ausnahmen vom Genehmigungsverbot nach § 5 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm, soweit nicht über eine Ausnahme bereits bei der Genehmigung eines Bebauungsplanes entschieden worden ist.

Zu Nr. 1.7:

Hierzu gehören u. a. Versammlungsräume, Theater, Lichtspieltheater, Geschäftshäuser, Garagen, Hochhäuser und fliegende Bauten.

Zu Nr. 2.1:

Hierzu gehört die Mitwirkung bei der Festlegung von Ortsdurchfahrten (§ 5 FStrG, §§ 5, 44 LStrG).

Zu Nr. 2.3:

Zustimmung gemäß § 125 Abs. 2 Bundesbaugesetz.

Dezernat 36 – Bauförderung, Wohnungsangelegenheiten

- 1 Bauförderung
- 1.1 Förderung des sozialen Wohnungsbaues
- 1.2 Landesbedienstetenwohnungsbau
- 1.3 Förderung von Einrichtungen (z. B. Krankenhäuser und Rehabilitationseinrichtungen), soweit nicht nach dem Geschäftsverteilungsplan ein anderes Dezernat zuständig ist

Nur Düsseldorf und Köln:

- 1.4 Förderung des Bergarbeiterwohnungsbaues
- 1.5 Förderung des steuerbegünstigten Wohnungsbaues
- 2 Wohnungsmodernisierung
- 3 Wohnungsbindungsrecht
- 4 Steuerbegünstigter Wohnungsbau – Anerkennungsverfahren
- 5 Wohngeld
- 6 Wohnungsaufsicht
- 7 Siedlungs- und Kleingartenangelegenheiten, Reichsheimstätten
- 8 Gemeinnützige Wohnungsunternehmen, Betreuungsunternehmen

**Dezernat 41 – Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen – Primar- und Sekundarstufe I –
(innere Schulangelegenheiten)**

- 1 Übergreifende und stufenbezogene Aufgaben der Aufsicht
 - 1.1 nach Lernbereichen/Fächern
 - 1.11 Sprachlicher Bereich
 - 1.12 Gesellschaftswissenschaftlicher Bereich
 - 1.13 Religionslehre
 - 1.14 Mathematischer und naturwissenschaftlicher Bereich
 - 1.15 Kunst, Werken, Musik, Textilgestaltung und Hauswirtschaft, Mitwirkung im Fach Sport
 - 1.16 Arbeitslehre, Schule/Wirtschaft
 - 1.17 Verkehrserziehung, Gesundheitserziehung, Umweltschutz
 - 1.18 Sachunterricht in der Grundschule
 - 1.2 nach Sachgebieten
 - 1.21 Mitwirkung von Schülern und Erziehungsberechtigten in der Schule
 - 1.22 Generelle und Einzelentscheidungen auf dem Gebiet der Schulberatung (schulpsychologischer Dienst, Schullaufbahnberatung)
 - 1.23 Mitwirkung bei Fragen der Schulpflicht, Sonderunterricht
 - 1.24 Ergänzungsschulen
 - 1.25 Unterricht für Kinder von ausländischen Arbeitnehmern und von Spätaussiedlern; Förderung von Schülern mit isolierter Lese-/Rechtschreibschwäche; Silentien
 - 1.26 Generelle und Einzelentscheidungen über Unterrichtsausfall
 - 1.27 Generelle und Einzelentscheidungen auf den Gebieten des Schulwanderns und der Schulfahrten, der Lehrer- und Schülerbüchereien und der Freizeitgestaltung
 - 1.28 Schülerwettbewerbe
 - 1.3 nach Schulstufen und für die Sonderschulen
 - 1.31 Mitwirkung bei der Aufsicht über die Gesamtseminare
 - 1.311 in der allgemeinen Aufsicht
 - 1.312 in Fragen der Ausbildung
 - 1.313 in Fragen der Lehrerfortbildung und Lehrerweiterbildung
 - 1.32 Mitwirkung bei beamtenrechtlichen Angelegenheiten der Lehramtsanwärter und bei der Zuweisung zu den Gesamtseminaren
 - 1.33 Mitwirkung bei der Schulentwicklungsplanung
- 2 Schulformbezogene Aufgaben
 - 2.1 bei Grund-, Haupt- und Realschulen
 - 2.11 in regionaler Gliederung (unter Angabe der Schulform)
 - 2.111 Feststellung der Eignung für Aufgaben der Schulleitung und Schulaufsicht
 - 2.112 Mitwirkung bei beamten- und tarifrechtlichen Angelegenheiten der Schulräte und der Lehrkräfte und beim Lehrerzuweisungsverfahren
 - 2.113 Mitwirkung bei Maßnahmen der Schulorganisation und des Schulbaus, Überprüfung der Klassenbildung
 - 2.114 Mitwirkung bei sonstigen Schulverwaltungsangelegenheiten
 - 2.12 in Sachgebieten (unter Angabe der Schulform)
 - 2.121 Schulversuche
 - 2.122 Mitwirkung bei Angelegenheiten der Gesamtschulen
 - 2.123 Lehr- und Lernmittel, Medien und programmierter Unterricht

- 2.124 Übergang in andere Schulformen, Schülerzeugnisse, Fremdenprüfungen, Mitwirkung bei Prüfungen nach dem Weiterbildungsgesetz

Nur Köln:

Zuerkennung des Hauptschulabschlusses, des Realschulabschlusses oder der Fachoberschulreife

- 2.125 Schulräte- und Schulleiterkonferenzen

- 2.126 Mitwirkung bei der Feststellung der Eignung für Aufgaben der Lehrerausbildung und bei entsprechenden beamten- und tarifrechtlichen Angelegenheiten

- 2.127 Anerkennung von Lehrerprüfungen

Nur Realschulen:

- 2.128 Zuerkennung der fachgebundenen Hochschulreife für Fachlehrer

- 2.2 bei Sonderschulen

- 2.21 in regionaler Gliederung

- 2.22 nach Behinderungsarten

Nur Arnsberg:

- 2.23 Anerkennung von Zeugnissen von Schulen für Geistigbehinderte und Schulen für Lernbehinderte (Sonderschulen) außerhalb Nordrhein-Westfalens

**Dezernat 42 – Berufsbildende Schulen, Kollegschaften – Sekundarstufe II –,
Gesamtschulen sowie nur Detmold: Gymnasien im ehemaligen Land Lippe
(innere Schulangelegenheiten)**

- 1 Übergreifende und stufenbezogene Aufgaben der Aufsicht
 - 1.1 nach Lernbereichen/Fächern und Fachrichtungen
 - 1.11 Sprachlicher Bereich
 - 1.12 Gesellschaftswissenschaftlicher Bereich
 - 1.13 Religionslehre
 - 1.14 Mathematischer und naturwissenschaftlicher Bereich
 - 1.15 Kunst/Gestaltung, Musik, Mitwirkung im Fach Sport
 - 1.16 Arbeitslehre, Schule/Wirtschaft
 - 1.17 Verkehrserziehung, Gesundheitserziehung, Umweltschutz
 - 1.18 fachbezogener Unterricht in den Fachrichtungen
 - gewerblich-technisch
 - kaufmännisch
 - allgemein-gewerblich und hauswirtschaftlich
 - sozialpädagogisch
 - landwirtschaftlich
 - 1.2 nach Sachgebieten
 - 1.21 Mitwirkung von Schülern, Erziehungsberechtigten und für die Berufserziehung Mitverantwortlichen in der Schule
 - 1.22 Generelle und Einzelentscheidungen auf dem Gebiet der Schulberatung (schulpsychologischer Dienst, Schullaufbahnberatung)
 - 1.23 Mitwirkung bei Fragen der Schulpflicht
 - 1.24 Ergänzungsschulen
 - 1.25 Unterricht für jugendliche Ausländer und für jugendliche Spätaussiedler; Silentien
 - 1.26 Generelle und Einzelentscheidungen über Unterrichtsausfall
 - 1.27 Generelle und Einzelentscheidungen auf den Gebieten des Schulwanderns und der Schulfahrten, der Lehrer- und Schülerbüchereien und der Freizeitgestaltung
- Nur Düsseldorf:**
Bbeauftragter des Kultusministers für den Schüleraustausch
- 1.28 Schülerwettbewerbe
- 1.3 nach Schulstufen
 - 1.31 Aufsicht über die Gesamtseminare im Zusammenwirken mit den Schulkollegien
 - 1.311 in der allgemeinen Aufsicht
 - 1.312 in Fragen der Ausbildung
 - 1.313 in Fragen der Lehrerfortbildung und Lehrerweiterbildung
 - 1.314 Feststellung der Eignung für Aufgaben der Lehrerausbildung
 - 1.32 Mitwirkung bei beamtenrechtlichen Angelegenheiten der Referendare und bei der Zuweisung zu den Gesamtseminaren
 - 1.33 Mitwirkung bei der Schulentwicklungsplanung
- 2 Schulformbezogene Aufgaben
 - 2.1 bei Gesamtschulen, Kollegschaften, **nur Detmold:** Gymnasien im ehemaligen Land Lippe, berufsbildende Schulen, letztere nach Fachrichtungen
 - gewerblich-technisch
 - kaufmännisch
 - allgemein-gewerblich und hauswirtschaftlich
 - sozialpädagogisch
 - landwirtschaftlich
 - und unter Angabe der regionalen Aufgliederung
 - 2.11 Feststellung der Eignung für Aufgaben der Schulleitung, für Funktionen und für die Schulaufsicht

- 2.12 Mitwirkung bei beamten- und tarifrechtlichen Angelegenheiten der Lehrkräfte
- 2.13 Mitwirkung bei Maßnahmen der Schulorganisation und des Schulbaus sowie bei der Bildung von Bezirksfachklassen; Überprüfung der Klassenbildung
- 2.14 Mitwirkung bei sonstigen Schulverwaltungsangelegenheiten
- 2.2 in Sachgebieten (unter Angabe der Schulform)
- 2.21 Schulversuche
- 2.22 Lehr- und Lernmittel, Medien und programmierter Unterricht
- 2.23 Übergang in andere Schulformen, Schülerzeugnisse, Fremdenprüfungen
- 2.24 Schulleiterkonferenzen
- 2.25 Mitwirkung bei der Feststellung der Eignung für Aufgaben der Lehrerausbildung und bei entsprechenden beamten- und tarifrechtlichen Angelegenheiten
- 2.26 Anerkennung von Lehrerprüfungen und von Zeugnissen aus anderen Ländern
- 2.3 nur berufsbildende Schulen
- 2.31 Praktikantenausschüsse
- 2.32 Mitwirkung bei der Aufsicht über Sonderschulen mit beruflichem Bildungsziel
- 2.33 Ausbildung von Werkstattlehrern
- 2.34 Ausbildung von technischen Lehrern
- 2.35 Prüfungen für Fachlehrer der schreibtechnischen Fachrichtung
- 2.36 Angelegenheiten der Berufsbildung nach dem Berufsbildungsgesetz
- 2.361 Mitwirkung bei der Berufsbildung durch die „zuständigen Stellen“, Berufsbildungsausschüsse, Prüfungsausschüsse
- 2.362 „Zuständige Stelle“ für die Hauswirtschaft
- 2.4 nur Gesamt- und Kollegschaften:
Mitwirkung bei der Vorbereitung, Planung und Entwicklung von Struktur, Organisation und Curriculum (z. B. Lernbereiche, Fächer) der Gesamtschulen und Kollegschaften

Dezernat 44.I – Personal- und Stellenplanangelegenheiten der Lehrer

- 1 Allgemeine Angelegenheiten
 - 1.1 Gemeinsame beamten-, tarif- und personalvertretungsrechtliche Angelegenheiten
 - 1.2 Stellenplanangelegenheiten, Statistik des Personalwesens
 - 2 Grund- und Hauptschulen – Personalangelegenheiten der Schulräte, Lehrer und Lehramtsanwärter
 - 3 Sonderschulen – Personalangelegenheiten der Lehrer und Lehramtsanwärter
 - 4 Realschulen – Personalangelegenheiten der Lehrer und Lehramtsanwärter
 - 5 Berufsbildende Schulen – Personalangelegenheiten der Lehrer und Referendare
 - 6 Gesamt- und Kollegschaften, Gesamtseminare – Personalangelegenheiten der Lehrer und hauptberuflichen Berater
- Nur Detmold:**
- 7 Gymnasien im ehemaligen Land Lippe – Personalangelegenheiten der Lehrer
-

Anmerkung zu 44.I:**Zu Nr. 2 – 7:**

Hierzu gehören u. a.:

Ein- und Anstellung, Beförderung, Festsetzung des BDA, Dienstaufwandsentschädigung, Höhergruppierung, Abordnung, Pflichtstundenermäßigung, Versetzung, Entlassung, Versetzung in den Ruhestand, Ehrungen, Glückwünsche, Beileidsschreiben, Krankheit, Urlaub, Dienstunfälle, Disziplinar- und Gnadenangelegenheiten, sonstige beamtenrechtliche Angelegenheiten, insbesondere Nebentätigkeit, Aussagegenehmigung, Schadenshaftung, Angelegenheiten der nebenamtlich und nebenberuflich tätigen Lehrkräfte und der Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis einschließlich Festsetzung der Grundvergütung, Unabkömmlichstellung von Wehrpflichtigen und Zivildienstpflichtigen einschließlich Lehrern an Ersatzschulen, Durchführung des Schwerbehindertengesetzes.

Dezernat 44.II – Schulverwaltung (äußere Schulangelegenheiten); Kirchensachen

- 1 Schulorganisation, Schulbau
 - 1.1 Schulentwicklungsplanung
 - 1.2 Errichtung, Änderung und Auflösung von Schulen, Angelegenheiten der Schulträger, Bildung von Bezirksfachklassen
 - 1.3 Schulbau, Sportstättenbau
 - 1.31 Baumaßnahmen für alle Schulformen einschl. Schulversuche, Gesamtseminare und Prüfungsämter sowie für Einrichtungen der Weiterbildung
 - 1.32 Förderung von Schullandheimen und Schülerwohnheimen
 - 1.33 Beihilfen für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten für Einrichtungen des Sports und Schulsports
- 2 Wirtschaftliche Angelegenheiten
 - 2.1 Haushaltsangelegenheiten
 - 2.2 Wirtschaftliche Angelegenheiten der Lehrer
 - 2.21 Beihilfen, Unterstützungen, Vorschüsse
 - 2.22 Dienstreisen, Reisekosten, beamteneigene und anerkannt privateigene Kraftfahrzeuge, Trennungsentschädigung, Umzugskosten
 - 2.3 Schülerbeförderung, Schülerfahrkosten
 - 2.4 Landesjugendplan (außer Nr. 1.32)
 - 2.5 Sonstige Ausgaben
- 3 Sonstige Schulverwaltungsangelegenheiten
- 4 Privatschulen
 - 4.1 Ersatzschulen
 - 4.2 Ergänzungsschulen
- 5 Kirchensachen

Dezernat 45 – Allgemeine Kunst- und Kulturpflege, Weiterbildung, Schul- und Vereinssport**1 Allgemeine Kunst- und Kulturpflege, Weiterbildung****1.1 Allgemeine Kunst- und Kulturpflege****1.11 Aufbau und Förderung von Büchereien, kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen****1.12 Förderung des Theaterwesens (Kommunaltheater, Landestheater, Privattheater, Puppen- und Freilichtbühnen, Laientheater, Theaterbauten und bühnentechnische Einrichtungen in Mehrzweckhallen)****1.13 Medien (Film und Fernsehen, Bildstellen, Medienzentren)****1.14 Bildende Kunst (Allgemeine Künstlerförderung, Förderung von Ausstellungen, Ankäufen und Veranstaltungen der Museen, Zuschüsse zu Neu- und Wiederaufbauten von Museen)****1.15 Musikwesen (Orchester und öffentliche Musikpflege, Musikwettbewerbe, Förderung von Musikschulen und von Musikverbänden)****Nur Düsseldorf und Münster:**

Geschäfte der Prüfungsämter für die Staatl. Prüfung für Kirchenmusiker und für die Staatl. Prüfung für Musikschullehrer und selbständige Musiklehrer

Nur Köln:

Aufgaben nach dem Berufsbildungsgesetz für den Ausbildungsberuf Assistent an Bibliotheken

1.2 Weiterbildung**1.21 Förderung von Einrichtungen der Weiterbildung in kommunaler und anderer Trägerschaft****1.22 Anerkennung von Einrichtungen der Weiterbildung****1.23 Schulabschlüsse an Einrichtungen der Weiterbildung****1.24 Weiterbildungsentwicklungsplanung****1.25 Fachliche Mitwirkung bei Maßnahmen nach dem Schulbauprogramm****2 Schul- und Vereinssport****2.1 Grundsatz- und Einzelentscheidungen im Schulsport****2.11 Mitwirkung bei Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte durch die Gesamtseminare****2.12 Berufung der Fachberater und Beteiligung bei der Berufung von Fachleitern****Nur Münster:**

Anerkennung ausländischer Sportlehrerzeugnisse

2.13 Schul-Sonderturnen**2.14 Schulsportwettkämpfe****2.2 Angelegenheiten der Turn- und Sportvereine und der -fachverbände****2.3 Sportstättenbau und -ausstattung****2.31 Sportfachliche Mitwirkung bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von Schulsport- und anderen Sportstätten****2.32 Zuschüsse zur Beschaffung von Turn- und Sportgeräten für Schulen und Vereine****Nur Düsseldorf:****2.4 Aufgaben nach dem Berufsbildungsgesetz für den Ausbildungsberuf Schwimmestergelhilfe**

Dezernat 51 – Landschaft, Fischerei

1 Fachtechnische Angelegenheiten

- 1.1 Natur- und Landschaftsschutzgebiete, Naturdenkmale
- 1.2 Landschaftspläne
- 1.3 Naturparke und bevorzugte Erholungsgebiete
- 1.4 Mitwirkung an der Landes- und Gebietsentwicklungsplanung
- 1.5 Mitwirkung bei sonstigen Planungen und landschaftsrelevanten Maßnahmen
- 1.6 Abgrabungen
- 1.7 Landschaftsbeiräte, Landschaftswacht, Verbände und Vereine

2 Verwaltungsangelegenheiten

- 2.1 Natur- und Landschaftsschutzgebiete, Naturdenkmale
- 2.2 Landschaftspläne
- 2.3 Artenschutz, Wildfreigehege
- 2.4 Erholung in der freien Landschaft; besondere Duldungsverhältnisse
- 2.5 Sonstige Angelegenheiten des Landschaftsgesetzes und des Bundesnaturschutzgesetzes
- 2.6 Finanzielle Förderung, Grunderwerb
- 2.7 Abgrabungen

3 Fischerei

- 3.1 Aufgaben nach dem Landesfischereigesetz und der Landesfischereiordnung
- 3.2 Mitwirkung bei fischereirelevanten Maßnahmen
- 3.3 Fachberatung bei nicht gewerblich genutzten Fischgewässern

Dezernat 52 – Gewerbliche Wirtschaft

- 1 Wirtschaftsangelegenheiten
 - 1.1 Wirtschaftsförderung
 - 1.11 Regionale Wirtschaftsförderung
 - 1.111 Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
 - 1.112 Übrige wirtschaftsschwache Gebiete des Landes
 - 1.113 Bescheinigungsverfahren nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes über Grunderwerbsteuerbefreiung bei Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur
 - 1.12 Maßnahmen der sektoralen Strukturpolitik
 - 1.13 Förderung des Mittelstandes und der freien Berufe
 - 1.14 Sonderprogramme und sonstige Förderungsmaßnahmen
 - 1.2 Sonstige Bundes- und Landeszuwendungen an die Wirtschaft und andere Einrichtungen
 - Nur Düsseldorf:**
 - 1.3 Stelle für Innerdeutschen Handel für Nordrhein-Westfalen
 - 1.4 Sonstige betriebswirtschaftliche Aufgaben
- 2 Preisüberwachung
 - 2.1 Preisrechtliche Prüfung von öffentlichen Aufträgen
 - 2.11 Aufträge im Rahmen der Bauwirtschaft
 - 2.12 Sonstige Aufträge
 - 2.2 Verkehrstarife
 - 2.3 Gebühren, Beiträge, Entgelte aller Art
 - 2.31 Pflegesätze
 - 2.32 Gebühren, Beiträge, sonstige Entgelte
 - 2.4 Mieten, Pachten
 - 2.5 Ernährung und Landwirtschaft einschließlich Verarbeitungsbetriebe
 - 2.6 Gewerbliche Wirtschaft, Energiewirtschaft
 - 2.7 Preisauszeichnung, Preisbeobachtung
- 3 Handwerk, Handel und Gewerbe
 - 3.1 Handwerk
 - 3.11 Ausnahmegewilligungen zur Eintragung in die Handwerksrolle
 - 3.12 Untersagung und Schließung von Handwerksbetrieben
 - 3.13 Schornsteinfegerangelegenheiten
 - 3.14 Hufbeschlagangelegenheiten
 - 3.2 Handel und Gewerbe (insbesondere Gewerbeüberwachung)
 - 3.21 Handel
 - 3.22 Stehendes Gewerbe
 - 3.23 Reisegewerbe
 - 3.24 Marktverkehr
 - 3.25 Gaststättengewerbe, Sperrzeitregelung
 - 3.26 Sonderverkaufsveranstaltungen und Ausverkäufe
 - 3.27 Sonstige Gewerbe- und Handelszweige
 - 3.3 Mitwirkung bei Angelegenheiten des Strahlenschutzes
 - 3.4 Schutz der Berufsbezeichnung „Ingenieur“

- 3.5 Angelegenheiten der beruflichen Aus- und Weiterbildung
 - 3.51 Zuerkennung der fachlichen Eignung zum Ausbilden, Untersagung des Einstellens und Ausbildens von Auszubildenden
 - 3.52 Errichtung von Ausbildungsmeisterprüfungsausschüssen für das grafische Gewerbe
 - 3.53 Bildung und Beaufsichtigung der Meisterprüfungsausschüsse (einschl. Baumeisterprüfungsausschüsse)
 - 3.54 Mitwirkung bei Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung
 - 4 Angelegenheiten des privaten Versicherungsgewerbes
 - 5 Angelegenheiten der zivilen Verteidigung im Bereich der gewerblichen Wirtschaft
 - 6 Angelegenheiten der zivilen Verteidigung im Ernährungsbereich
 - 7 Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 405 Aktiengesetz
-

Anmerkungen zu 52:

Zu Nr. 1:

Hierzu gehören auch Orderlagerscheinangelegenheiten.

Zu Nr. 1.1:

Hierzu gehört auch die Sammlung von Wirtschaftsdaten.

Zu Nr. 2:

Hierzu gehört auch die Erledigung von Ermittlungersuchen nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen.

Zu Nr. 3.14:

Ausbildung und Prüfung der Hufbeschlagschmiede s. Dezernat 26.

Zu Nr. 3.2:

Hierzu gehört auch die Lärmbekämpfung aufgrund des Gewerberechts.

Zu Nr. 3.22:

Hierzu gehören auch die Gewerbebezüge, für die aufgrund der Gewerbeordnung besondere bundes- oder landesrechtliche Verordnungen ergangen sind.

Zu Nr. 3.27:

Hierzu gehören die Gewerbebezüge, für die Regelungen in gewerberechtlichen Nebengesetzen bestehen (z. B. Blindenwarenvertriebsgesetz, Gesetz über den Verkehr mit unedlen Metallen).

Zu Nr. 3.3:

Hierzu gehören Prüfung der Zuverlässigkeit und Haftungsangelegenheiten.

Zu Nr. 5:

Hierzu gehört auch die Unabkömmlichstellung von Wehrpflichtigen und Zivildienstpflichtigen in Betrieben und Unternehmen der öffentlichen Energieversorgung mit einem Versorgungsgebiet, das über die Grenzen eines Regierungsbezirks hinausgeht.

Dezernat 53 – Verkehr

- 1 Allgemeiner Straßenverkehr einschließlich Verkehrstechnik, Verkehrsaufklärung und Verkehrserziehung
 - 2 Fahrerlaubnis-, Fahrlehrer- und Kraftfahrzeugsachverständigenangelegenheiten
 - 3 Wege- und Straßenangelegenheiten
 - 4 Wasserstraßen- und Hafenangelegenheiten
 - 5 Personenbeförderung
 - 6 Güterkraftverkehr
 - 7 Eisenbahnangelegenheiten
 - 7.1 Angelegenheiten der Deutschen Bundesbahn
 - 7.2 Angelegenheiten der nicht zum Netz der Deutschen Bundesbahn gehörenden Eisenbahnen sowie der Berg- und Seilschwebbahnen des öffentlichen Verkehrs
 - 7.3 Anschlußbahnen und Anschlußgleise
- Nür Düsseldorf:**
- 8 Internationaler Straßengüterverkehr
- Nur Düsseldorf:**
- 9 Technische Aufsicht über Straßenbahn- und Oberleitungsomnibusunternehmen
- Nur Düsseldorf und Münster:**
- 10 Angelegenheiten der Luftfahrt
 - 10.1 Flugplätze
 - 10.11 Genehmigung, Planfeststellung und Aufsicht über Landeplätze
 - 10.12 Genehmigung und Aufsicht über Segelfluggelände
 - 10.13 Durchführung der Anhörungsverfahren bei der Genehmigung und Planfeststellung von Flughäfen
 - 10.2 Luftfahrtpersonal
 - 10.3 Luftrechtliche Genehmigungen und Erlaubnisse. Luftbildwesen
 - 10.4 Luftaufsicht
 - 10.5 Landesbeauftragter für den Schutz vor Fluglärm
 - 10.6 Förderung der Luftfahrt
- Nur Düsseldorf:**
- 10.7 Funk- und Fernmeldeangelegenheiten
- 11 Angelegenheiten der zivilen Verteidigung im Verkehrsbereich

Anmerkungen zu 53:**Zu Nr. 1:**

Hierzu gehören Planfeststellung und Bauleitplanung.

Zu Nr. 2, 7 und 10:

Hierzu gehören Aufgaben im Rahmen der Unabkömmlichstellung von Wehr- und Zivildienstpflichtigen und zwar Ausübung des Vorschlagsrechts zu Nr. 2 bei Technischen Überwachungsvereinen; gutachtliche Stellungnahmen zu Nr. 7 bei Anlagen und Einrichtungen der nichtbundeseigenen Eisenbahnen und zu Nr. 10 bei Flugplätzen und hierzu gehörenden Umschlagbetrieben.

Zu Nr. 3:

Hierzu gehört die Entscheidung bei Umstufung von Straßen (§ 8 LStrG)

Zu Nr. 3, 5 und 7:

Hierzu gehören auch Planungsfeststellungsverfahren.

Dezernat 54 – Wasser, Abfallwirtschaft

- 1 **Rechtliche Angelegenheiten**
 - 1.1 Gewässeraufsicht (einschließlich Kontrollkartei)
 - 1.2 Wasser- und Bodenverbände, Verbandsaufsicht
 - 1.3 Gewässerbenutzung
 - 1.4 Gewässerschutz, Reinhalteordnungen
 - 1.5 Wasserschutz- und Quellenschutzgebiete
 - 1.6 Organisationsfragen der Wasserversorgung
 - 1.7 Organisationsfragen der Abwasserbeseitigung
 - 1.8 Gewässerausbau, Deichbau (Planfeststellung)
 - 1.9 Gewässer- und Deichunterhaltung
 - 1.10 Überschwemmungsgebiete, Anlagen in und an Gewässern
 - 1.11 Hochwasserschutz
 - 1.12 Wasserbuch
 - 1.13 Zwangsrechte
 - 1.14 Entschädigungen und Schadensersatz in wasserwirtschaftlichen Angelegenheiten
 - 1.15 Verwaltung landeseigener Gewässergrundstücke und Grundstücke an Gewässern
 - 1.16 **Abfallwirtschaft**
 - 1.161 Abfallbeseitigungsanlagen
 - 1.162 Einsammeln und Befördern
 - 1.163 Abfallbeseitigungsverbände, Verbandsaufsicht
 - 1.164 Entschädigungen
 - 1.17 Wassersicherstellung
- 2 **Technische Angelegenheiten**
 - 2.1 Gewässeraufsicht
 - 2.2 Wasser- und Bodenverbände
 - 2.3 Gewässerbenutzung
 - 2.4 Gewässerschutz, Warndienste
 - 2.5 Wasserschutz- und Quellenschutzgebiete
 - 2.6 Wasserversorgung
 - 2.7 Abwasserbeseitigung
 - 2.8 Gewässerausbau, Deichbau
 - 2.9 Gewässer- und Deichunterhaltung
 - 2.10 Überschwemmungsgebiete, Anlagen in und an Gewässern
 - 2.11 Hochwasserschutz
 - 2.12 Gewässerkunde, Rahmenplanung
 - 2.13 Bodenverbesserung und Wirtschaftswegebau
 - 2.14 Ausbildungs-, Prüfungs- und Fortbildungsangelegenheiten der in der Verwaltung für Wasser- und Abfallwirtschaft tätigen technischen und naturwissenschaftlichen Dienstkräfte
 - 2.15 Mitwirkung bei Haushalts-, Organisations-, Stellenplan- und Personalangelegenheiten der Staatlichen Ämter für Wasser- und Abfallwirtschaft
 - 2.16 **Abfallwirtschaft**
 - 2.161 Abfallbeseitigungsanlagen

- 2.162 Einsammeln und Befördern
 - 2.163 Abfallbeseitigungsverbände
 - 2.164 Grundlagen der Abfallbeseitigungsplanung
 - 2.165 Ausschluß von der Abfallbeseitigungspflicht
 - 2.17 Wassersicherstellung (Notstandsplanung)
 - 3 Wahrung wasserwirtschaftlicher, landeskultureller, allgemeiner land- und forstwirtschaftlicher Belange im Bergbau
-

Anmerkungen zu 54:

Zu Nr. 1.2:

Hierzu gehören auch Planfeststellung für Verbandsunternehmen und Genehmigung von Geschäften, ferner die Unabkömmlichkeit von Wehrpflichtigen und Zivildienstpflichtigen, die bei den Wasser- und Bodenverbänden und in Betrieben und Unternehmen der öffentlichen Wasserversorgung mit einem Versorgungsgebiet, das über die Grenzen eines Regierungsbezirks hinausgeht, tätig sind.

Zu Nr. 1.3:

Hierzu gehören insbesondere Bewilligungen, Erlaubnisse sowie Feststellung, Beschränkung und Aufhebung alter Rechte, Gemein- und Anliegergebrauch.

Zu Nr. 1.5:

Hierzu gehören Festsetzung, vorläufige Anordnung und Ausnahmegenehmigungen.

Zu Nr. 1.9:

Hierzu gehören Fragen der Trägerschaft, der Unterhaltungspflicht und der Umlage des Unterhaltungsaufwandes.

Zu Nr. 1.161 und 1.162:

Hierzu gehören ordnungsbehördliche Anordnungen, Planfeststellung, Genehmigung von Abfallbeseitigungsanlagen – soweit nicht Dezernat 23 zuständig ist –, Verlängerung von Veränderungssperren sowie Ahndung von Ordnungswidrigkeiten.

Zu Nr. 1.163:

Soweit nicht Dezernat 31 zuständig ist.

Zu Nr. 2:

Hierzu gehören Finanzierungshilfen und die Wahrung wasser- und abfallwirtschaftlicher Belange bei Maßnahmen anderer Behörden.

Zu Nr. 2.2:

Hierzu gehören Verbandspläne, Aufsicht über das Unternehmen.

Zu Nr. 2.11:

Hierzu gehören deichaufsichtliche Genehmigungen und Hochwassermeldeordnungen.

Zu Nr. 2.15:

Die Mitwirkung umfaßt sowohl Vorschlags- als auch ein Beteiligungsrecht des Dezernats 54 gegenüber den für die Bearbeitung federführenden Dezernaten 11 und 12.

Zu Nr. 2.161 bis 2.163:

Hierzu gehören fachliche Beurteilungen, Aufsicht über Unternehmen der Abfallbeseitigungsverbände, Genehmigung von Verbandsplänen, Genehmigung für Einsammeln, Befördern und Einfuhr, Zulassung von Ausnahmen.

Dezernat 55 – Vertriebenenangelegenheiten, Wohlfahrtspflege, Unterhaltssicherung, Kriegsgefangenenentschädigung**1 Aussiedler, Vertriebene, Flüchtlinge, Evakuierte, Zuwanderer und ausländische Flüchtlingen****1.1 Anerkennung der Vertriebenen-, Flüchtlings- oder Evakuierteneigenschaft****Nur Köln:**

Anerkennung der Vertriebenen- oder Flüchtlingseigenschaft für Personen, die ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt im Ausland haben

1.2 Beendigung der Inanspruchnahme von Rechten und Vergünstigungen**1.3 Wirtschaftliche und berufliche Eingliederung****1.4 Härtebeihilfen, Hilfen für Einrichtung****1.5 Soziale Betreuung; Garantiefonds****1.6 Kulturelle Betreuung****1.7 Umsiedlung (Übernahme und Umeinweisung)****1.8 Aufnahme, Wohnraumversorgung; Wirtschaftlichkeitsberechnung und Förderung von Übergangsheimen****1.9 Zuzugsbescheinigungen****1.10 Anerkennung der Eigenschaft als politischer Häftling****Nur Köln:**

Anerkennung der Eigenschaft als politischer Häftling für Personen, die ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt im Ausland haben, sowie die Gewährung von Eingliederungshilfen und Ausgleichsleistungen

1.11 Angelegenheiten der Vertriebenen- und Flüchtlingsbeiräte**Nur Münster:****1.12 Lettisches Gymnasium und Internat****2 Wohlfahrtspflege****2.1 Sozialhilfe****2.2 Kriegsopferfürsorge****2.3 Aufgaben nach dem Heimgesetz****2.4 Jugendwohlfahrt****2.5 Landeshilfe für hochgradig Sehschwache****2.6 Kriegsfolgenhilfe, soweit nicht nach dem Geschäftsverteilungsplan ein anderes Dezernat zuständig ist****2.7 Zuwendungen für soziale Zwecke****2.8 Sonstige Angelegenheiten der Wohlfahrtspflege, Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht****2.9 Soziale Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer****2.10 Besucherreiseverkehr****3 Überwachung der Ableistung des Berufspraktikums der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen, Anerkennung der Ausbildungsstellen für das Berufspraktikum, staatl. Anerkennung der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen sowie Heilpädagogen****Nur Köln und Münster:**

Staatliche Anerkennung von Familienpflegern/innen

4 Unterhaltssicherung für Wehrpflichtige und Zivildienstpflichtige, Dienstleistende im Bundesgrenzschutz und deren Angehörige**Nur Köln und Münster:****5 Tuberkulosehilfe für die Bediensteten und Versorgungsempfänger des Landes und ihre Familienangehörigen**

- 6 Angelegenheiten der Kriegsgefangenenentschädigung und sonstige Förderungsmaßnahmen

Nur Kön:

Kriegsgefangenenentschädigung für Personen, die ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt im Ausland haben

- 7 Beschwerden nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz (Beschwerdeausschüsse)
-

Anmerkung zu 55:

Zu Nr. 2.7:

Hierzu gehören Zuwendungen an die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, für Erholungsmaßnahmen für alte Menschen, zur sozialen Rehabilitation von Obdachlosen, Erstattung von Rentenversicherungsbeiträgen der in Werkstätten tätigen Behinderten.

Nur Köln:

Dezernat 56 – Wiedergutmachung

- 1 Haushaltsangelegenheiten
- 2 Schäden an Leben, Körper, Gesundheit, Freiheit
- 3 Schäden an Eigentum und Vermögen sowie durch Zahlung von Sonderabgaben, Geldstrafen, Bußen und Kosten
- 4 Schäden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen
- 5 Soforthilfe für Rückwanderer
- 6 Landesrechtliche Betreuungsmaßnahmen
- 7 Ansprüche der besonderen Verfolgtengruppen und überörtlicher Organisationen

Nur Münster:**Dezernat 57 - Lastenausgleich**

- 1 Lastenausgleich
 - 1.1 Haushaltsangelegenheiten
 - 1.2 Schadensfeststellung nach dem Feststellungsgesetz, Hauptentschädigung nach dem LAG
 - 1.3 Kriegsschadenrente
 - 1.4 Hausratentschädigung
 - 1.5 Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener, Altsparerentschädigung
 - 1.6 Wohnraumhilfe
 - 1.7 Eingliederungsdarlehen
 - 1.8 Härtefonds
 - 1.9 Ausbildungshilfe
 - 1.10 Förderung von Gemeinschaftseinrichtungen mit Mitteln des Ausgleichsfonds
 - 1.11 Beihilfen an Vertriebene im Ausland
 - 1.12 Einrichtungshilfe, Beihilfe zum Lebensunterhalt und Eingliederungsdarlehen nach dem Flüchtlingshilfegesetz
 - 1.13 Feststellung und Beweissicherung von Schäden in der DDR gem. BFG
- 2 Beschwerden im Rahmen der Kriegsfolgen gesetzgebung
- 3 Härtere gelung nach dem Allgemeinen Kriegsfolgen gesetz
- 4 Leistungen an Reparations-, Restitutions- und Rückerstattungsgeschädigte

Dezernat 61 – Geschäftsstelle des Bezirksplanungsrates, Erarbeitungsverfahren

- 1 Geschäftsstelle des Bezirksplanungsrates
- 2 Planungsrechtliche Fragen
- 3 Regionale Entwicklungsplanung
 - 3.1 Vorbereitung der Plankonzeption des GEP
 - 3.2 Durchführung des Erarbeitungsverfahrens
 - 3.3 Abstimmung grenzüberschreitender Planungen
- 4 Durchsetzung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung
 - 4.1 Landesplanerische Abstimmung der Bauleitplanung
 - 4.2 Anpassung der Bauleitpläne
 - 4.3 Sonstige Verfahren zur Zielsicherung
- 5 Kartographie, Raumordnungskataster und technische Einrichtungen

Dezernat 62 – Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur

- 1 Planungsgrundlagen
 - 1.1 Raumforschung
 - 1.2 Regionalstatistik und -prognosen
 - 1.3 Infrastrukturbestandsaufnahme
 - 2 Raumb Beobachtung
 - 2.1 Regionalstatistik
 - 2.2 Regionalprognosen
 - 2.3 Erfolgskontrolle
 - 3 Raumwirksame Investitionen
 - 3.1 Analyse der strukturwirksamen Mittel
 - 3.2 Raumordnungspolitische Maßnahmen
 - 4 Wirtschaftsbeobachtung
 - 5 Landesentwicklungsplan I/II
-

Anmerkung zu 62 bis 65:

- 1. Fachliche Vorbereitung der Gebietsentwicklungspläne
- 2. Plankontrolle
- 3. Mitwirkung bei Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms
- 4. Mitwirkung bei Planungsmaßnahmen anderer Fachbehörden, Fachdezernate und sonstiger Planungsträger
- 5. Mitwirkung bei der landesplanerischen Abstimmung der Bauleitplanung

Dezernat 63 – Siedlungsstruktur

- 1 Siedlungsbereiche
 - 1.1 Wohnsiedlungsbereiche/Siedlungsschwerpunkte
 - 1.2 Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiche
 - 1.3 Bereiche für standortgebundene Anlagen
 - 1.4 Gebiete für flächenintensive Großvorhaben
 - 1.5 Ansiedlung von großflächigen Handelsbetrieben
 - 2 Bereiche und Standorte für besondere öffentliche Einrichtungen
 - 3 Energieversorgungsanlagen (ohne Versorgungsleitungen)
 - 3.1 Konventionelle Kraftwerke
 - 3.2 Kernkraftwerke
 - 4 Bereiche für besondere öffentliche Zwecke
 - 5 Landesentwicklungsplan IV, Landesentwicklungsplan VI
-

Dezernat 64 – Naturraum

- 1 Bereiche für Land- und Forstwirtschaft
 - 1.1 Agrarbereiche
 - 1.2 Waldbereiche
 - 2 Gebiete für Wasserwirtschaft
 - 2.1 Wassergewinnung einschl. Wasservorratsräume
 - 2.2 Abwasserbeseitigung
 - 2.3 Vorflutregelung, Hochwasserschutz
 - 3 Standorte für Abfallbeseitigungsanlagen
 - 4 Landschafts- und Erholungsräume
 - 4.1 Bereiche für den Schutz der Landschaft
 - 4.2 Bereiche für besondere Pflege und Entwicklung der Landschaft
 - 4.3 Erholungsbereiche; Freizeit- und Erholungsschwerpunkte
 - 5 Bereiche für die Gewinnung von Bodenschätzen (ohne Braunkohle)
 - 6 Bereiche für Aufschüttungen größeren Umfangs
 - 7 Sonstige Belange des Umweltschutzes und der Ökologie
 - 8 Landesentwicklungsplan III, Landesentwicklungsplan V
-

Dezernat 65 – Verkehrs- und Leitungswege

- 1 Verkehrsnetz
 - 1.1 Straßen
 - 1.2 Schienenwege
 - 1.3 Öffentlicher Personenverkehr
 - 1.4 Wasserstraßen
 - 1.5 Flugplätze
 - 2 Leitungsbänder
 - 2.1 Elektrizitätsfernleitungen einschl. Umspannwerke
 - 2.2 Rohrleitungen
 - 3 Luftraumbeschränkungen
 - 3.1 Flugschneisen
 - 3.2 Richtfunkstrecken
 - 4 Bestandsdarstellung der Bandinfrastruktur
-

Nur Köln**Dezernat 66 – Braunkohle**

- 1 Geschäftsstelle des Braunkohlenausschusses
- 2 Braunkohlenplanung
 - 2.1 Vorbereitung der Plankonzeption
 - 2.2 Durchführung des Erarbeitungsverfahrens
 - 2.3 Planungskontrolle und Planüberarbeitung
- 3 Wiedernutzbarmachung von Bergbauflächen (Flächenbilanzierung)
- 4 Sonstige Verfahren im Zusammenhang mit der Braunkohlenplanung
 - 4.1 Mitwirkung bei der Anpassung der Bauleitpläne und bergbaulichen Betriebspläne an die Braunkohlenplanung
 - 4.2 Abgrenzung des Braunkohlenplangebietes

– MBl. NW. 1979 S. 1966.

Hinweise**Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen****Nr. 17 v. 1. 9. 1979**

(Einzelpreis dieser Nummer 2,- DM zuzüglich Portokosten)

	Seite
Allgemeine Verfügungen	
Verwaltungsverordnung zum Landesumzugskostengesetz (VVzLUKG)	193
Verwaltungsverordnung zur Ausführung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen	194
Verzeichnis der Sachverständigen für gerichtliche Blutgruppengutachten	199
Anordnung über die Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen im Geschäftsbereich des Justizministers (Vertretungsordnung JM NW)	200
Bekanntmachungen	202
Personalnachrichten	202
Ausschreibungen	204

- MBl. NW. 1979 S. 2015.

Nr. 18 v. 15. 9. 1979

(Einzelpreis dieser Nummer 2,- DM zuzüglich Portokosten)

	Seite		Seite
Allgemeine Verfügungen		2. OWiG § 72. - Bestreitet ein Betroffener den im Bußgeldbescheid angenommenen Sachverhalt, so liegt darin regelmäßig ein schlüssiger Widerspruch gegen eine Entscheidung im Beschlußverfahren; die Nichtbeantwortung der Anfrage nach § 72 I Satz 2 OWiG ändert daran nichts. OLG Hamm vom 11. Mai 1979 - 1 Ss OWi 1110/79	212
Vorbereitung der Wahl der Schöffen und Jugend-schöffen	205	3. StGB § 40 III. - Bewertung der (mit Taschengeld und freier Wohnung zu niedrig abgegoltenen) wirtschaftlichen Leitung des den Hof verwaltenden künftigen Hofherben beim Tagessatz. OLG Köln vom 13. Februar 1979 - 1 Ss 58/79	213
Bekanntmachungen	206	4. StGB § 240; StVO §§ 1, 12. - Wer einen Parkplatz lediglich als Fußgänger unberechtigt freihält und sich gegenüber dem auf ihn mit Schrittgeschwindigkeit zufahrenden bevorrechtigten Parkplatzbewerber auf Abwehrreaktionen zur Selbstrettung beschränkt, begeht noch keine als Vergehen nach § 240 StGB strafbare Nötigung. OLG Köln vom 13. März 1979 - 1 Ss 29/79	214
Personalnachrichten	206	Öffentliches Recht	
Ausschreibungen	208	VwVfG §§ 36, 49; BGB § 22. - 1. Von einem Widerrufsvorbehalt darf auch zum Zwecke der Aufhebung rechtswidriger Verwaltungsakte Gebrauch gemacht werden. - 2. Die Konzessionierung eines wirtschaftlichen Vereins nach § 22 BGB darf Nebenbestimmungen enthalten. OVG Münster vom 23. Februar 1979 - XV A 1514/77	215
Gesetzgebungsübersicht	209		
Rechtsprechung			
Strafrecht			
1. BRAGO § 100 II. - Gegen den die Zahlungsfähigkeit des freigesprochenen Angeklagten nach § 100 II BRAGO feststellenden Beschluß steht zwar dem Bezirksrevisor kein Beschwerderecht zu, jedoch kann der Beschluß von der Staatsanwaltschaft angefochten werden. - Bei der Entscheidung nach § 100 II BRAGO bleibt der dem freigesprochenen Angeklagten gegen die Staatskasse aus § 467 I StPO zustehende Erstattungsanspruch außer Betracht (Bestätigung von OLG Düsseldorf in JMBL. NW 1979 S. 107). OLG Düsseldorf vom 13. Juni 1979 - 5 Ws 42-44/79	211		

- MBl. NW. 1979 S. 2015.

Nr. 19 v. 1. 10. 1979

(Einzelpreis dieser Nummer 2,- DM zuzüglich Portokosten)

	Seite		Seite
Allgemeine Verfügungen			
Bereinigung der Justizverwaltungsvorschriften	217	2. StGB §§ 56 a II Satz 1, 56 f I Nr. 1. – Die Aussetzung einer Strafe zur Bewährung kann nicht wegen einer Straftat widerrufen werden, die der Verurteilte in der Zeit zwischen dem Erlaß und dem Eintritt der Rechtskraft des die Strafaussetzung zur Bewährung bewilligenden Urteils begeht. OLG Düsseldorf vom 7. Juni 1979 – 2 Ws 470/79	225
Bestimmungen über die Bewilligung, Festsetzung und Auszahlung von Trennungsschädigung	217	3. OWiG § 67 Satz 1. – Der Einspruch gegen einen Bußgeldbescheid kann auch fernmündlich zur Niederschrift durch die Bußgeldstelle eingelegt werden. LG Münster vom 13. Juni 1979 – 7 Qs – OWi – 323/79 VII	225
Bekanntmachungen	218	4. StPO §§ 94, 102. – Der Begriff „Beweismittel“ in §§ 94, 102 StPO umfaßt alle beweglichen oder unbeweglichen Sachen, die unmittelbar oder mittelbar für die Tat oder die Umstände ihrer Begehung Beweis erbringen können. Soweit es sich dabei um Urkunden und andere als Beweismittel dienende Schriftstücke (§ 249 StPO) handelt, ist es unerheblich, ob diese Schriftstücke im Original oder in Abschrift, Durchschlägen oder Fotokopien vorliegen. OLG Düsseldorf vom 30. Mai 1979 – 1 Ws 332/79	226
Personalnachrichten	218	5. StPO §§ 200, 414 II. – Zu den Anforderungen, die nach § 414 II StPO an die Antragsschrift im Sicherungsverfahren zu stellen sind. OLG Düsseldorf vom 7. Juni 1979 – 1 Ws 111/79	227
Ausschreibungen	220	6. StPO § 222 a; GVG § 45. – Der Angeklagte hat keinen Anspruch darauf, daß ihm der Kammervorsitzende den Geschäftsverteilungsplan und die Schöffensliste überläßt. Diese Unterlagen unterliegen der Verwaltung des Landgerichts. Allein der Präsident des Landgerichts kann anordnen, ob und in welcher Weise dem Angeklagten ggf. Einsicht in diese Unterlagen gewährt wird. OLG Düsseldorf vom 8. Juni 1979 – 1 Ws 297/79	227
Gesetzgebungsübersicht	220	Öffentliches Recht	
Rechtsprechung		JAG §§ 15, 31. – Auch in den juristischen Staatsprüfungen sind Prüfungsentscheidungen – ungeachtet des Umstandes, daß der Prüfungstoff den Richtern aus eigener Kenntnis vertraut ist – nur in beschränktem Maße gerichtlich überprüfbar. OVG Münster vom 6. Februar 1979 – XV A 899/78	227
Aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts			
GG Art. 2 II Satz 1; StPO § 206 a. – Zur Frage der verfassungsrechtlichen Grenzen für die Durchführung der Hauptverhandlung im Hinblick auf die Verhandlungsfähigkeit eines kranken Angeklagten. BVerfG vom 19. Juni 1979 – 2 BvR 1060/78	221		
Zivilrecht			
BGB §§ 1008 ff. – 1. Auf einem Grundstücksanteil kann keine beschränkte persönliche Dienstbarkeit eingetragen werden. 2. Das WasserG NW bewirkt insoweit keine Veränderung der Rechtslage. LG Köln vom 10. Juli 1979 – 11 T 119/79	224		
Strafrecht			
1. StGB § 263. – Nicht jede kostenlose zusätzliche Leistung eines Spediteurs aus Anlaß eines Umzugs kann als eine bei der Umzugskostenabrechnung zu offenbarende Herabsetzung der Vergütung angesehen werden. Erforderlich ist jedenfalls ein enger unmittelbarer Zusammenhang zwischen der abzurechnenden Hauptleistung und der kostenlosen Zusatzleistung, so daß Haupt- und Zusatzleistung sich wirtschaftlich als eine einheitliche Leistung darstellen, für die insgesamt eine herabgesetzte Vergütung verlangt wird. OLG Köln vom 11. April 1979 – 3 Ss 148/79	224		

– MBl. NW. 1979 S. 2016.

Einzelpreis dieser Nummer 10,- DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Am Wehrhahn 100, Tel. (0211) 360301 (8.00–12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 50,- DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 118,- DM (Kalenderjahr). Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 6,5% Mehrwertsteuer**Einzelpostbestellungen:** Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 888 82 93/294, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,60 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Elisabethstraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf, Am Wehrhahn 100

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf